November 2021 (7) | 29.10.2021

E&W

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

H ER ERSCHEI T I KÜ ZE M HR ÜB R DI
GEP A TE KA PAG E DE G W NIE ERS CHSEN.
D RIN SO L ES BI ZU NIED RSÄCHS CH N
LAN TAG WA L I HE BST 2022 U DI
PERSONAL ÜCK N GEH N, DIE SI H IN
 LLEN B LDUNGSB REIC EN AUF UN.
DI GE KA N DA KEI ESFALLS AKZ P IEREN
U D WI D SI H IM NA EN AL ER
BE CHÄFTIGT N WEHRE !

„DA EHLT OCH WE ?!“

Fragen an: aktion@gew-nds.de

04

08

16

23

Titel: Christian Hoffmann / Layout: Aron Jungermann

Inhalt

Schwerpunkte

GEW fordert fünf Prozent mehr Gehalt 04

Rahmendienstvereinbarung Digitalisierung verabschiedet 07

Klage: „Wie wir verloren und doch gewonnen haben“ 08

IGS-Erlass: ein vielversprechender Weg? 10

Digitalisierung und Schule: „Was machen wir da eigentlich gerade?“ 12

Konzeptskizze: keiner ohne Abschluss! 14

Wie „Trauerland“ auch Lehrkräfte unterstützt 16

Zeitgeschehen

Prinzip Selbstverharmlosung: Kornblumen züchtende Geschichtsrevisionisten 18

Christoph Scheuring gewinnt den Heinrich-Wolgast-Preis 20

Aus der Organisation

Mobiler Dienst: Wo drückt der Schuh und was ist gut am neuen Erlass? 22

Klausurtagung Fachgruppe RHO 23

Projekt: Taschen aus der Nähwerkstatt „Unter einem Dach“ 25

Fair Childhood: Gemeinsam für eine Zukunft ohne Kinderarbeit 26

Literatur als Lebenshilfe 28

LesePeter 29

Rezension: True Facts – Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft 30

Rezension: Streikende Kinderseelen 31

Aktuelles aus der Personalratsarbeit 32

Jubilar*innen 36

Termine 38

Verstorbene 38

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de
www.gew-nds.de
Vorsitzende: Laura Pooth
Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur): Christian Hoffmann
Redakteurin: Nicole Puscz
Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (E&W) erscheint achtmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
Redaktionsschluss ist der 1. Februar, der 1. März, der 1. April, der 1. Mai, der 15. Juni, der 1. September, der 1. Oktober und der 1. November 2021. Später eingehende Texte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Texte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung:
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019
Anzeigenschluss siehe Terminplan
Editorial Design: Aron Jungermann mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162
ISSN 0170-0723

Redaktionsschluss der E&W Dezember 2021/Januar 2022 ist der 1. November 2021.
Sie erscheint am 26. November 2021.

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11339-2012-1016

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C118370

Bezahlung und Rahmenbedingungen wieder in den Blick nehmen

Das Thema Gesundheitsschutz im Bildungsbereich war noch nie so präsent wie seit März 2020. Was in der ganzen Debatte allerdings fast unterzugehen drohte (wenn die GEW es nicht permanent auf die Agenda setzen würde) – Arbeits- und Gesundheitsschutz bedeuten für alle Beschäftigten weit mehr als diverse Hygienemaßnahmen. Unsere Arbeitszeitstudien im Schulbereich haben zum Bespiel ergeben: Die Belastung ist so hoch, dass die ernsthafte Gefahr besteht, krank zu werden. Vorrangiges Ziel der Arbeitgeber in allen Bildungsbereichen muss aber die Gesunderhaltung der Arbeitnehmer*innen sein.
Es ist jetzt also wieder an der Zeit, die Kraft und Stärke der GEW Niedersachsen für die brennenden Themen zu nutzen – und dazu gehört zentral die dringend notwendige Arbeitsentlastung an den Schulen, sowie deutlich verbesserte Rahmenbedingungen an den Hochschulen und in der Erwachsenenbildung. Wie wichtig ihnen eine gute Bildung in Niedersachsen ist, daran werden wir auch die politisch Verantwortlichen messen, die sich schon für den Landtagswahlkampf im Sommer 2022 warmlaufen.

Zuvor steht allerdings der Kampf um bessere Löhne für alle Beschäftigten an, die unter den Tarifvertrag der Länder (TV-L) fallen. Das Ergebnis ist anschließend stets Basis der Auseinandersetzungen mit der Landesregierung, weil dann nämlich die GEW erneut fordern wird, es zeit- und wirkungsgleich auf den Bereich der Landesbeamt*innen zu übertragen.
Wenn diese E&W Niedersachsen erscheint, wird die erste Verhandlungsrunde bereits zu Ende gegangen sein. Die zweite wurde für Anfang November verabredet, die dritte folgt Ende des Monats. Vor den finalen Verhandlungen wird es auch in Niedersachsen zu Aktionen und Kundgebungen kommen, über die zeitnah informiert wird. Dass die Arbeitgeber dabei übrigens so tun, als kämen sie mit leeren Taschen an den Verhandlungstisch, hat unser Karikaturist Michael Hüter mit spitzer Feder auf Seite 4 zu Papier gebracht. Warum der Staat damit aber seiner Rolle keinesfalls gerecht wird, liefern wir argumentativ im Beitrag auf den Seiten 5 bis 7 gleich mit.

Mit solidarischen Grüßen

Laura Pooth
Landesvorsitzende

Tarifrunde der Länder läuft

GEW fordert fünf Prozent mehr Gehalt

Am 8. Oktober begannen die Verhandlungen über den Tarifvertrag der Länder zwischen den Bundesländern und den Gewerkschaften. Es geht um die Gehälter der Angestellten im Landesdienst – und mittelbar auch um die der Beamt*innen.

Gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert die GEW fünf Prozent mehr Gehalt mit einem Mindestanstieg von 150 Euro. Darüber hinaus erwartet die GEW, dass die Erfahrungszeiten bei Höhergruppierungen vollständig mitgenommen werden, dass für studentische Beschäftigte auch ein Tarifvertrag gilt und dass endlich die sogenannte Paralleltabelle für angestellte Lehrkräfte kommt.

Rauf mit den Löhnen!

Die Gehaltsforderung von fünf Prozent beziehungsweise 150 Euro ist angesichts der steigenden Inflation und der Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst gerade in der Corona-Zeit geleistet haben, eine angemessene Forderung. Der Stress in den Bildungseinrichtungen hat durch die geänderten Rahmenbedingungen gravierend zugenommen. Die Schulen melden, dass die Arbeitsbelastung um 30 Prozent zugenommen hat; an den Hochschulen stieg der Arbeitsdruck durch die schlechteren Lehr- und Forschungsbedingungen bei gleichbleibenden Erwartungen an. Dies kann nicht durch Klatschaktionen für den öffentlichen Dienst abgegolten werden. Es muss sich auch bei den Tarifverhandlungen wiederfinden.

Die Finanzminister*innen der Länder können sich nicht mit schwachen Haushalten rausreden. Der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers, zugleich Verhandlungsführer für die Arbeitgeberseite, hat im September seinen „Stabilitätsbericht“ vorgestellt. Ergebnis: „Eine Haushaltsnotlage droht nicht“, wie der Minister höchstselbst mitteilt. Mit Ausnahme eines roten Warnsignals sind alle Kennziffern für einen stabilen Haushalt im soliden Bereich. Und dieses eine Warnsignal betrifft die allseits akzeptierte Schuldenaufnahme in 2020. Gehaltserhöhungen für die Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind also selbst nach den Maßstäben der Arbeitgeber umsetzbar und zudem eine sinnvolle Investition, um die Wirtschaft zu stützen, und ein gutes Beispiel für andere Lohnabschlüsse.

Stufengleiche Höhergruppierung

Wenn Beschäftigte verantwortungsvollere Aufgaben übernehmen, können sie in eine höhere und besser bezahlte Entgeltgruppe gelangen. Doch aufgrund der geltenden Tarifregelungen kann eine solche Höhergruppierung dazu führen, dass bereits erreichte Erfahrungsstufen verloren gehen. Der sogenannte Garantiebetrag sorgt zwar dafür, dass eine Höhergruppierung kurzfristig immer ein Gehaltsplus bringt. Beim nächsten Stufenaufstieg fällt der Garantiebetrag aber weg. Daher kann es passieren, dass Beschäftigte über einen langen Zeitraum hinweg weniger verdienen, als wenn sie in ihrer bisherigen Entgeltgruppe geblieben wären. Deshalb muss eine Höhergruppierung in die gleiche Stufe erfolgen und die in der alten Entgeltgruppe zurückgelegte Stufenlaufzeit muss mitgenommen werden. Nur dann lohnt es sich für alle, neue und verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen.

Paralleltabelle für Lehrkräfte

Die GEW fordert seit vielen Jahren die sogenannte Paralleltabelle für die Eingruppierung angestellter Lehrkräfte. Denn zwischen der Eingruppierung der Beamt*innen und der Angestellten gibt es eine Schieflage. Während der Besoldungsgruppe A 13 die Entgeltgruppe EG 13 zugeordnet ist, ist es beispielsweise bei A 12 nur EG 11. Bei Lehrkräften gibt es eine Angleichungszulage von derzeit 105 Euro, durch die diese Gehaltsdifferenz verringert, aber nicht ausgeglichen wird. Jetzt ist es Zeit, den letzten Schritt zu gehen, damit gilt: A 12 = EG 12.

Studentische Hilfskräfte

Studentische Hilfskräfte an Hochschulen unterliegen derzeit – mit Ausnahme von Berlin – nicht dem Tarifvertrag. Die konkreten Arbeitsbedingungen werden von den Hochschulen einseitig bestimmt. Das muss sich ändern. An zahlreichen Hochschulen in Niedersachsen (und ganz Deutschland) gibt es studentische Initiativen, die für einen Tarifvertrag kämpfen.

Und die Beamt*innen?

Die GEW fordert die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamt*innen. Ein guter Tarifabschluss ebnet somit den Weg für mehr Gehalt für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Daher ist es im ureigensten Interesse aller Landesbeschäftigten, sich an den Tarifaktionen zu beteiligen. Sei es durch aktives Mitmachen, Solidarität in Gesprächen und Handlungen sowie die Absage daran, für streikende Kolleg*innen vertretungsweise einzuspringen.

Aktiv werden!

Alles Aktuelle gibt es unter **www.gew-nds.de**; der Hauptvorstand hat zudem einen Telegram-Kanal eingerichtet: **t.me/gewtarifcamp**. Wer vor Ort keine Ansprechperson findet, kann sich gerne an den Landesverband wenden: **a.karrasch@gew-nds.de**

Arne Karrasch

Der Staat kann nicht mehr einnehmen, als er ausgibt

Perspektivänderung als Voraussetzung

Eigentlich hätte der Titel dieses Beitrages lauten sollen: Der Groschen ist gefallen. Aber das stimmt nur bedingt. Denn nach wie vor tobt eine ideologische Auseinandersetzung darum, wie solide Staatsfinanzen auszusehen haben. Hervorzuheben bleibt aber, dass eine Erkenntnis in allen Parteien zu wachsen beginnt. Mit reiner Sparpolitik bekommt man die Wirtschaft nicht vom Fleck.

Selbst prominente Vertreter der Union wie Kanzleramtsminister Helge Braun stellten die Schuldenbremse bereits infrage. In Niedersachsen ist dagegen noch alles weitgehend beim Alten. Dogmatiker wie Finanzminister Reinhold Hilbers predigen die Rezepte von gestern und bekommen Schützenhilfe vom Landesrechnungshof (mit einer ehemaligen CDU-Staatssekretärin an der Spitze), der das Sparen bei den Ausgaben, insbesondere beim Personal, zur obersten Direktive erklärt und dabei politische Aufträge formuliert, zu denen er gar nicht berechtigt ist. Der erste Haushaltsentwurf, der vor einigen Wochen im Landtag beraten worden ist, geht sogar noch weiter. Die ohnehin niedrige Investitionsquote – die niedrigste bundesweit – soll in den nächsten Jahren noch weiter, und zwar dauerhaft unter fünf Prozent absinken. Das wäre fatal. Einen Lichtblick innerhalb der Landesregierung bieten allerdings die Sozialdemokraten, die offenbar verstanden haben, dass es so nicht mehr weitergehen kann.

„Die Landesregierung wird nicht weiterhin auf eine umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel einer strukturellen Entlastung des Haushalts verzichten können, wenn sie Niedersachsen für künftige Herausforderungen und künftige Krisen wappnen will“, sagte der Vizepräsident des Niedersächsischen Landesrechnungshofs, Thomas Senftleben, im Haushaltsausschuss des Landtages. Im vorgelegten Haushaltsplanentwurf sehe die Behörde bereits erste Schritte in die richtige Richtung. Es

gebe allerdings Bedenken, ob der damit eingeschlagene Konsolidierungskurs ausreichen wird. Aktuelle Ausgaben müssten grundlegend auf ihren Bedarf überprüft werden. Das Land solle sich dabei auf wichtige Zukunftsfelder, wie zum Beispiel die Digitalisierung, konzentrieren. Darüber hinaus sollten konsumtive Ausgaben verstärkt zugunsten von investiven Ausgaben mit Zukunftswirkung verlagert werden, so die Stellungnahme.

Staat wird seiner Rolle nicht gerecht

Finanzminister Reinhold Hilbers überschreibt seinen Entwurf zum Doppelhaushalt mit „Weg zur schwarzen Null – wichtige Prioritäten im Blick“. Er sagte: „Zum dauerhaften Ausgleich des Landeshaushalts ist daneben aber auch eine strikte Ausgabendisziplin erforderlich. Wir schließen die Einnahmelücke, indem wir die Ausgaben so begrenzen, dass sie deutlich weniger stark steigen als die Einnahmen. Damit sichern wir uns jetzt ebenso wie künftigen Generationen die notwendigen Handlungsspielräume.“ Diese Annahme ist von der Vorstellung geprägt, dass der Staat nicht mehr ausgeben könne, als er einnehme. Das Gegenteil ist richtig. Der Staat kann nicht mehr einnehmen, als er ausgibt. Kürzt er seine Ausgaben, entzieht er der Wirtschaft und den Privathaushalten unmittelbar Einkommen. Das Ziel einer wachstumsorientierten Politik ist so nicht erreichbar.

Das gelingt vielmehr mit Defiziten in öffentlichen Haushalten. Deutschland hat in der Corona-Krise ein solches ganz bewusst in Kauf genommen, es fällt aber im Vergleich zu anderen Staaten, wie den USA, deutlich niedriger aus. Die Folge ist, dass die Wachstumseffekte hier auch geringer sind, was gerade im Wahlkampf Thema war. Die FDP wies zum Beispiel darauf hin, dass andere Länder besser aus der Krise kämen. Nur nutzen die Liberalen diese zutreffende Analyse nur insoweit, wie es der eigenen Klientel nutzt. Sie werben für Steuersenkungen und glauben, dass diese das Wachstum stärker ankurbeln können. Das ist nicht ganz falsch, denn eine Senkung der Steuerlast bei kleineren und mittleren Einkommen fließt direkt in den Konsum. Das wäre also gut. Die Senkung der Unternehmenssteuern hingegen, auch eine populäre Forderung, führt nur zu mehr Gewinnentnahmen, während der Staat auf den Einnahmeausfällen sitzen bleibt. Der Wachstumsimpuls ist also kaum messbar, wie schon oft gezeigt.

Doch Steuersenkungen für Unternehmen gehören zum Markenkern der Wirtschaftsliberalen. Sie zu fordern hat aber vor allem deshalb keinen Sinn, weil die Finanzierungsbedingungen für Investitionen nie günstiger waren als heute. Durch historisch niedrige Zinsen hätten Unternehmen gar kein Problem, sich die erforderlichen Mittel zu beschaffen, wenn sie denn tatsächlich investieren wollten. Was fehlt, ist eine Perspektive. Hier wird der Staat seiner Rolle nicht gerecht. Er müsste deutlich mehr Impulse setzen, um private Investitionen anzuregen. Durch eine Senkung der Investitionsquote, wie das in der mittelfristigen Finanzplanung des niedersächsischen Haushalts gerade abgebildet wird, kündigt er aber genau das Gegenteil an, nämlich den Entzug von Aufträgen und damit Einkommen. Die Folge wird sein, dass Betriebe ihre Kapazitäten anpassen. Zu Steuergeschenken sagt natürlich keiner nein, diese fließen dann aber eben nicht in neue Zukunftsprojekte, sondern eher in die eigene Bilanz.

Dieser Mechanismus ist seit Jahren bekannt. Nichts boomt mehr als die Aktienmärkte. Doch die Politik ignoriert diese von ihr befeuerte Entwicklung und erklärt die Zurückhaltung der Unternehmen bei den Investitionen gern mit bürokratischen Hemmnissen. Deren Abbau ist nun aber gerade keine Lösung, da es weniger komplizierte Verfahren sind, die das Zustandekommen von Projekten verhindern, als vielmehr die ausgedünnte Personaldecke in den Behörden. Es fehlen schlicht die Kapazitäten, um mehr Vorhaben in angemessener Zeit umsetzen zu können. Viele Kommunen schieben zum Teil enorme Haushaltsreste vor sich her, also Gelder, die zwar bereitstehen, aber gar nicht mehr abgerufen werden können, weil entweder die Personal- und Planungskapazitäten in der Verwaltung zu knapp bemessen oder aber die Betriebe infolge der öffentlichen Ausgabendisziplin auf höhere Nachfrage gar nicht eingestellt sind.

Begrüßenswerte Korrekturversuche

Die SPD im Landtag hat erfreulicherweise erkannt, dass es nun eines anderen Ansatzes bedarf, um der Abwärtsspirale zu entkommen. „Unter keinen Umständen [...] dürfen wir die Substanz des Landes verfallen lassen. Mehr denn je erfordert die Lage von uns allen, die Herausforderungen unserer Zeit pragmatisch und lösungsorientiert anzugehen. Meine Fraktion favorisiert deshalb u. a. die Pläne des DGB [...] einen sogenannten Niedersachsen-Fonds aufzustellen, um den niedersächsischen Kapitalstock ohne die Gefahr unkontrollierter Verschuldung zu reformieren und weitere Investitionen auslösen zu können“, so Haushaltssprecherin Frauke Heiligenstadt. Investitionen aus dem Kernhaushalt zu nehmen und auf einen landeseigenen Fonds zu übertragen, ist der legale Versuch, den großen Irrtum Schuldenbremse ein Stück weit zu korrigieren und das restriktive Verbot der Kreditfinanzierung in normalen Zeiten elegant zu umgehen.

Die Sozialdemokrat*innen profitieren hier von der Expertise progressiver Ökonom*innen, deren Rat sie verstärkt in ihre politische Arbeit einfließen lassen. Das ist löblich, nur hält sich weiterhin das widerspenstige Narrativ von den bösen konsumtiven Ausgaben, also jenen Geldern, die etwa als Personalkosten aufgewendet werden. Sie müssten weiterhin aus dem laufenden Geschäft getätigt werden. Hier kommt also erneut der Irrglaube zum Vorschein, nur das ausgeben zu können, was auch reinkommt. Nichts könnte falscher sein, da beim Staat gar nicht unterschieden wird, ob Ausgaben nun über eingenommene Steuern oder ausgegebene Anleihen finanziert werden. Das hat die Corona-Krise klar bestätigt. Die Pandemie kostete bislang rund 1,4 Billionen Euro. Darunter fallen Ausgaben für Kurzarbeitergeld oder die Impfung. Die Schuldenstandsquote wird auf über 70 Prozent der Wirtschaftsleistung

Foto: Adobe Stock © VAKSMANV

steigen. Das zeigt, dass der Staat zu jedem Zeitpunkt Ausgaben tätigen kann und sogar deutlich mehr, als am Ende des Jahres an Steuereinnahmen tatsächlich zur Verfügung gestanden haben.
Im laufenden Geschäft spielt die Höhe der Steuereinnahmen daher gar keine Rolle. Sie sind nur im Geplänkel der Parteipolitik als ideologische Handfesseln relevant. Und hier liegt eine nach wie vor offene Flanke von Parteien, die eine Revision der Schuldenbremse für richtig erachten. Wenn nämlich konsumtive Ausgaben an die Bedingung der laufenden Steuereinnahmen geknüpft werden, bleiben die Investitionen in der Bazooka einfach stecken. Für die Anhänger*innen der Schuldenbremse wäre damit der Beweis erbracht, dass mehr Kredite gar nicht erforderlich sind. Konsumtive Ausgaben sind vor allem Personalkosten, also Geld für Menschen, die dort arbeiten, wo investiert werden soll. Bestes Beispiel ist die Digitalisierung an den Schulen, für die es auch im künftigen Landeshaushalt eine besondere Priorität geben wird. Schon jetzt sind seitens der staatlichen Ebenen Milliarden für Verkabelung, Tablets und interaktive Tafeln vorgesehen, aber kaum ein Euro für Fachkräfte, die die geschaffene Infrastruktur dauerhaft pflegen. Die Folge ist eine Art selbsteingebaute Bremse beim Abruf der zur Verfügung stehenden Mittel und damit auch ein Argument gegen sie oder deren Ausweitung.
Die Kommunen können zwar neue Stellen im IT-Bereich schaffen, aber nur begrenzt und zu deutlich schlechteren Konditionen, was dem Aufwand, der bei der Digitalisierung betrieben werden muss, keinesfalls gerecht wird. Wirtschaftsliberale klagen dann wieder über staatliche Unzulänglichkeiten. Dabei sind ausreichend Mittel für das Personal nicht nur aus der Investitionslogik selbst heraus notwendig, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Denn hier geht es wieder um Einkommen, das Menschen für den Konsum verwenden. Es handelt sich also nicht um Kosten, sondern um Einnahmen des Staates, die er mit seinen Ausgaben zur Verfügung stellt oder anregt. Insofern bleibt es dabei: Der Staat kann nur so viel einnehmen, wie er selbst auch ausgibt.

André Tautenhahn
Freier Journalist

Enormer Erfolg der GEW-Vertretung im Schulhauptpersonalrat

Rahmendienstvereinbarung Digitalisierung verabschiedet

Am 29. September 2021 hat der Vorsitzende des Schulhauptpersonalrates, Holger Westphal, die Rahmendienstvereinbarung Digitalisierung unterzeichnet. Damit ist der Einsatz digitaler Medien im Schulkontext endlich grundlegend geregelt.
Der Vereinbarung war ein jahrelanges Ringen des Schulhauptpersonalrates vorausgegangen. Besonders die GEW-Personalräte hatten seit Jahren darauf hingewiesen, dass in Niedersachsen eine solche Regelung noch fehlte und die Schulen mit der Digitalisierung sowie ihrer Auswirkung auf die Arbeitsbedingungen allein gelassen wurden. Diese Hartnäckigkeit und das unermüdliche Engagement insbesondere der GEW-Mitglieder im Schulhauptpersonalrat haben sich jetzt ausgezahlt.
Die abgeschlossene Rahmendienstvereinbarung gilt zwar „nur“ für die Pandemiesituation, enthält aber Regelungen, hinter die auch im Regelbetrieb nicht zurückgegangen werden kann. So ist beispielsweise festgehalten, dass keine Lehrkraft zur Durchführung von Videokonferenzen verpflichtet werden kann. Sie ist verbindlich für alle Schulen, wobei noch notwendige Detailregelungen (auch für den Regelbetrieb) vor Ort abgeschlossen werden müssen. Das ist auch deswegen sinnvoll, weil jede Schule anders aufgestellt ist. Orientieren kann sie sich dabei an den Regelungen der Rahmendienstvereinbarung.
Unterstützung finden die Schulbeschäftigten bei den Personalräten der GEW in den Stufenvertretungen, in der im September 2021 veröffentlichten Broschüre „Digitale Kommunikation und Datenschutz in Schule“ und im Internet unter **www.gew-nds.de/bildung-in-der-digitalen-welt**. Dort steht auch die Broschüre für Mitglieder kostenlos zum Download bereit. Wer eine gedruckte Fassung erwerben möchte (Preis: 2 Euro), wendet sich bitte an die Kollegin Bayer unter **h.bayer@gew-nds.de**.

Anne Kilian

Interviewpartnerin Julia Günther (Mitte), Dinah Maasch (links) und Isabel Rojas (rechts) haben das Land Niedersachsen verklagt, um pandemiefeste Schulen zu erreichen.

Klage gegen das Land Niedersachsen

„Wie wir verloren und doch gewonnen haben“

Von Beginn der Corona-Pandemie an hat sich die GEW Niedersachen auf politischer und medialer Ebene für den Gesundheitsschutz der Beschäftigten stark gemacht. Doch auch der juristische Weg zu diesen Zielen wurde zwischenzeitlich beschritten. Die beiden GEW-Aktiven Isabel Rojas und Julia Günther sowie ihre gemeinsame Freundin Dinah Maasch verklagten das Land, um zu erzwingen, dass die Schulen pandemiefest und mit Luftreinigern ausgestattet werden. Die E&W Niedersachsen sprach darüber mit Julia Günther.

E&W Niedersachsen: ***Wie kam es zu der Klage?***

Julia Günther: Wie alle anderen Menschen auch, hatte ich keinerlei Pandemieerfahrung. Wie auch. Die Situation hat mich irritiert und oft auch überfordert. Als dann im Winter 2020 und im Frühjahr 2021 kein offensichtlicher Lernfortschritt seitens des Kultusministeriums erkennbar wurde, die Schulen und Kitas über Monate geschlossen blieben und meine Kinder sichtbar litten, hatte ich „die Schnauze gestrichen voll“. Es ging ja allen ähnlich schlecht, nur konnte ich durch meine Mitgliedschaft in der GEW manche Informationen oder Vorhaben seitens des Ministeriums besser einschätzen. Ich wollte meine ganze Frustration mit dieser untragbaren Situation, für Familien und besonders für Kinder und Jugendliche, kanalisieren und mich aus der Ohnmacht befreien. Ich hatte keine Lust mehr auf Meckern.

Also machen, statt zu meckern?

Ja, ich wusste, es ging allen Familien ähnlich und fragte Isabel und Dinah, ob sie nicht mit mir eine Arbeitsgruppe werden wollten, mit der Absicht, das Land daran zu erinnern, dass die getroffenen Entscheidungen uns Familien und vor allem auch den Kindern schaden. Wir wurden zerrieben von unserem Alltag, den Ansprüchen an Familie und Beruf. Unser Ziel war es, die Öffnung der Schulen unter Pandemiebedingungen zu sichern. Wir forderten strategisch eingesetzte Schnelltests, Luftreinigungsgeräte, zusätzliche und ausreichend große Räumlichkeiten sowie den Einsatz von mehr Bussen und Bahnen. Wir mussten aber aufpassen, dass wir nicht in eine Ecke gestellt wurden mit den Schwurbler*innen, den Corona Leugner*innen und den Impfgegner*innen.

Was habt ihr zu Beginn unternommen?

Die ersten zwei Monate verbrachten wir damit, zu recherchieren und einen Anwalt zu suchen. Wir trugen – meist nachts – alle existierenden Studien zu Corona und dem Einfluss auf Kinder und Jugendliche zusammen. Wir sammelten Studien zu Luftfiltern und Möglichkeiten des Schutzes; fast täglich trugen wir Ergebnisse zusammen, verglichen und beratschlagten wir unsere Forderungen. Das Ergebnis war haarsträubend, aber das hatten wir nicht anders erwartet. Wir entschieden uns zunächst für eine Petition.

Warum dieser zusätzliche Weg?

Wir wollten schnell und öffentlich verdeutlichen, wie dringend die von uns geforderten Veränderungen in den Klassenräumen sind. Am Ende haben unsere öffentliche Petition mehr als eineinhalbtausend Menschen unterstützt. Die Zeit für all das zu finden war mit Sicherheit nicht einfach, aber wir mussten nur auf unsere Kinder blicken, um das Gefühl zu bekommen, dass richtig war, was wir taten. Auch in unseren Freundeskreisen bekamen wir viel Zuspruch. Endlich kümmert sich jemand darum, hörten wir nicht nur einmal. Wir wollten den Kindern eine Stimme geben, weil sie keine hatten!

Und wie ging die Klage aus?

Leider haben wir verloren, denn sonst gäbe es jetzt in allen Schulen Luftreinigungsgeräte, Luftfilteranlagen oder Fensterventilatoren... Das Gericht musste jedoch einräumen, dass das Land nicht genug für die Gesundheit der Schüler*innen getan hat. Wie schade, zumal wir die Klage selbstverständlich aus eigenen, privaten Mitteln finanziert haben.

Danke für das Gespräch!

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- **Speziell ausgebildete Berater**
  für den öffentlichen Dienst
- **Exklusive Vorteilsangebote**
  für Mitglieder von Gewerkschaften und Verbänden
- **Attraktive Produktvorteile**
  unter www.bbbank.de/gew
- **Informative Ratgeber und regelmäßige Newsletter**
  mit aktuellen Informationen aus dem öffentlichen Dienst
- **Interessante Veranstaltungen**
  wie z. B. Exklusive Abende für den öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- **Seit fast 100 Jahren Erfahrung und Kompetenz**
  als Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gew

Folgen Sie uns

GEW

Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

Zum neuen IGS-Erlass

Ein vielversprechender Weg?

Im Schulverwaltungsblatt 9/21 wurde der neue Organisationserlass für Gesamtschulen veröffentlicht. Er setzt tatsächlich einige zentrale Forderungen um, welche die GEW in ihrer Stellungnahme vom September 2020 vorgebracht hatte.

Multiprofessionelle Teams

In diesem Kontext zeigt sich eine erfreuliche Weiterentwicklung. Erstmals werden die Berufsbezeichnungen „pädagogische und therapeutische Fachkräfte“ in einem Erlass erwähnt. Die an der Gesamtschule unterrichtenden Lehrämter werden erstmals detailliert aufgeführt. Zuletzt wird die Arbeit in „Multiprofessionellen Teams“ beschrieben. Letzteres hätte sicherlich noch konsequenter im Erlass betont werden können, zum Beispiel bei den Beschreibungen der Lernentwicklung, Elternarbeit oder Fördermaßnahmen, denn an Gesamtschulen sind auch dort nicht nur die Lehrkräfte involviert.

Dies muss sich nun auch entsprechend in den personellen Ressourcen widerspiegeln. Hier erwartet die GEW Anpassungen in den jeweiligen Erlassen.

Ressourcenfestschreibung

In der Konsequenz müssen die Gesamtschulen auch die für ihren Bildungsauftrag notwendigen Stellen ausschreiben dürfen, welche dem notwendigen Bedarf entsprechen. Außerdem müssen die Stundenkontingente sowohl für sonderpädagogischen Förderbedarf als auch den Ganztag als Grundbedarfe und nicht als Zusatzbedarfe berechnet werden. Dies sind Forderungen in Hinblick auf eine entsprechende Anpassung des „Klassenbildungserlasses“. Zusätzlich müsste der Erlass zur „Schulsozialarbeit“ entsprechend überarbeitet werden mit dem Ziel, dass klare Kapazitäten für die Schulsozialarbeit definiert werden.

Des Weiteren ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf für fachliche Koordinierungsaufgaben im Bereich der sonderpädagogischen Förderbedarfe und auch im Bereich der Schulsozialarbeit. Dafür müssen im notwendigen Umfang entsprechende Beförderungsstellen nachhaltig im Stellenplan eingestellt werden.

Äußere Fachleistungsdifferenzierung

Die „Z-Kurse“ werden im neuen Erlass nicht mehr als Möglichkeit für eine äußere Fachleistungsdifferenzierung genannt. Sie waren nach Ansicht der GEW der Versuch, die Idee der Gesamtschule durch politische Entscheidungen in eine vermeintliche Dreigliedrigkeit zu zwängen. Dies entspricht in keiner Weise der Idee der Gesamtschule und darf deswegen richtigerweise keine Option für die Fachleistungsdifferenzierung sein.

Die Regelung an Schulen mit Z-Kursen bringt Nachteile für die Schüler*innen, denn sie müssen hier zwingend Z-Kurse belegen, um den erweiterten Sek I-Abschluss zu erhalten. In Analogie zur Dreigliedrigkeit und im Vergleich zu Schulen mit nur zwei Differenzierungsebenen haben E-Kurs-Schüler*innen hier keine Chance, einen erweiterten Sek I-Abschluss zu erhalten, obwohl sie die gleichen Leistungen erbringen!

In diesem Zusammenhang bietet sich auch an, einen Blick in die Rahmenrichtlinien der Kultusministerkonferenz (KMK) zu werfen. Die curricularen Vorgaben in Niedersachsen sind nicht ausreichend, um den Beschlüssen der KMK zu entsprechen. Somit stellt sich auch die Frage nach Anerkennung solcher Abschlüsse außerhalb Niedersachsens. Der neue Erlass räumt zwar den Schulen, die ein solches System eingerichtet haben, Bestandsschutz ein, doch kann man diesen Schulen nur raten, sich auf den Weg zu machen, ihren Schüler*innen ein faires, rechtssicheres Angebot zu offerieren und eine Differenzierung auf zwei Niveaustufen einzurichten.

Interne Fachleistungsdifferenzierung

Inhaltlich sollte die interne Fachleistungsdifferenzierung keine Sparmaßnahme sein, sondern die theoretisch zur Verfügung gestellten Ressourcen sollten Auswirkungen auf Schülerhöchstzahlen bei der Bildung von Kerngruppen haben. Sprich: Schulen, die innere Differenzierung anbieten, sollten kleinere Kerngruppen bilden dürfen (zum Beispiel statt vier Klassen à 30, fünf Klassen à 25). Auch in diesem Fall bedarf es einer Revision des „Klassenbildungserlasses“.

Leistungen der Schüler*innen

Der Erlass beschreibt auch die Dokumentation der „individuellen Lernentwicklung“. Gleichzeitig müssen auch die Leistungen im Unterricht bewertet und Zeugnisse erteilt werden. Letztere entsprechen jedoch grundsätzlich „Lernentwicklungsberichten“.

Die GEW stellt die Frage, warum an einer vermeintlichen Doppelung der Arbeit festgehalten wird, denn die Gesamtschulen dokumentieren seit 50 Jahren über die Lernentwicklungsberichte die individuelle Lernentwicklung ihrer Schüler*innen. Schulen, die Lernentwicklungsberichte statt Notenzeugnisse erstellen, könnten eigentlich auf eine zusätzliche Dokumentation der individuellen Lernentwicklung verzichten und so die Kolleg*innen von doppelter Arbeit entlasten.

Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass sich in dem neuen Erlass auch an dieser Stelle positive Veränderungen finden. Es ist erfreulich, dass grundsätzlich bis zum Abschluss der Sek I Lernentwicklungsberichte Teil des Zeugnisses sein können und für die Jahrgänge 5 bis 7 sein müssen.

Auch wenn nach Meinung der GEW Gesamtschulen grundsätzlich Lernentwicklungsberichte statt Notenzeugnisse ausgeben sollten, ist dabei zu bedenken, dass diese nicht geeignet sind, um sich zu bewerben. Bewerbungszeugnisse, Abschluss- beziehungsweise Abgangszeugnisse beschreiben keine Entwicklung, sondern das Ergebnis eines Bildungsgangs und müssen Notenzeugnisse sein. Somit ist die Regelung, spätestens ab Klasse 9 Notenzeugnisse auszugeben, im Sinne der Schüler*innen positiv.

Allgemeine Förderung

Hier findet sich ein weiterer positiver Aspekt des neuen Erlasses, da erstmals auch die Schüler*innen in

Grafik: Adobe Stock © styleuneed

den Abstimmungsprozess für Fördermaßnahmen eingebunden werden. Die Abkehr von einer primär defizitären Definition des Förderbegriffs entspricht der Grundidee der Gesamtschule, auch individuelle Lernbedürfnisse der Schüler*innen zu bedienen; sei es, Defizite aufzuarbeiten oder zusätzliche Inhalte zu vertiefen.
Natürlich geht dies nur nachhaltig und konzeptionell, wenn die Ressourcen ebenso verlässlich zur Verfügung gestellt werden. Abermals wird deutlich, dass hier eine entsprechende Revision des Klassenbildungserlasses und des Stellenplans notwendig sind.

Zusammenarbeit zwischen Schulen

Etwas absurd wirken die Hinweise, dass Gesamtschulen „insbesondere…“ mit „… allgemein bildenden Gymnasien“ zusammenarbeiten sollen. Hier wird deutlich, dass sich die politische Sichtweise noch nicht geändert hat, denn Gesamtschulen sind eine Schulform, die selbst alle Bildungsgänge beinhaltet. Es entsteht der Eindruck, dass die Gesamtschulen auf alle Fälle die Beratung der „allgemein bildenden Gymnasien“ benötigen, um ihre Schüler*innen erfolgreich zum Abitur zu führen. Diese Sichtweise zeigt wenig Wertschätzung gegenüber der 50-jährigen Geschichte der Gesamtschulen, die sich seither der empirisch festgestellten sozialen Benachteiligung innerhalb des Bildungssystems mit Erfolg entgegengestellt haben. Es sollte deswegen keine Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe mehr geben! Die Möglichkeit zur Gründung einer gemeinsamen gymnasialen Oberstufe sollte klar gefördert werden. Ein solcher Hinweis wäre der notwendige Schritt für eine vollständige Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit an den Gesamtschulen, denn auch dort findet „gymnasiale Bildung“ statt.

Demokratie

Trotz der deutlichen Bekenntnisse des Ministers im Kontext „Demokratie stärken“ finden sich im Erlass keine Hinweise auf eine praktische Umsetzung dieses Anspruchs. Im Gegenteil: der Schulvorstand erhält weiteren Entscheidungskompetenzen. Viele davon bestimmen nicht die „Qualitätsentwicklung der Schule“, sondern die Art des Unterrichtens und sollten deswegen in der Entscheidung der Gesamtkonferenz liegen.

Ausblick

Es muss verstanden werden, dass die Gesamtschule ein in sich geschlossenes – wenn auch durchlässiges – System ist. Es muss also ein Weg gefunden werden, welcher der Gesamtschule als Schulform, die alle Bildungsgänge abbildet, gerecht wird. Der Erlass zeigt dies nach Ansicht der GEW immerhin besser als sein Vorgänger. Andererseits wäre hier durchaus die Möglichkeit vorhanden gewesen, die Schulform noch attraktiver, demokratischer, gerechter und sozialer zu gestalten.
Die Gesamtschule muss in ihrer Grundidee erhalten bleiben, um ihrem gesellschaftspolitischen und sozialen Anspruch auch weiterhin gerecht werden zu können. Hierzu bedarf es einer deutlichen Aufstockung des Haushalts für die Gesamtschulen, aber natürlich grundsätzlich insgesamt im Bereich der Bildung. Die Relevanz der Bildung scheint in der Haushaltsdebatte völlig vergessen worden zu sein, wie Kürzungen von Stellen in Schule belegen. Dies kann nicht richtig sein!
Nach Ansicht der GEW-Fachgruppe Gesamtschulen bedarf es auch einer fachlichen Infrastruktur auf Ebene der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung (RLSB) sowie des Kultusministeriums (MK). Nur so wird diese Schulform ihre Vorstellungen direkt und ungefiltert in die politische Diskussion einbringen und die Gesamtschulen in ihren Bedürfnissen zur Erfüllung des Bildungsauftrags unterstützen können.

Jörg Addicks
Fachgruppe Gesamtschulen,
Referat ABS

Befragung

Bessere Fortbildungswege für Deutschlehrkräfte

Das Projekt „WiDiSch“ (Wissenschaft – Didaktik – Schule) der Universität Bremen und der Leuphana Universität Lüneburg soll fachdidaktische Fortbildungswege und -möglichkeiten für Deutschlehrkräfte besser auf den schulischen Unterrichtsalltag und die Bedürfnisse der Lehrkräfte abstimmen.
Die dafür nötigen Informationen werden mithilfe einer etwa 15-minütigen Fragebogenerhebung gesammelt, die feststellen soll, welche formellen und informellen Fortbildungsmöglichkeiten die Lehrkräfte präferieren und in welchem Umfang sie diese nutzen. Je mehr Lehrkräfte aller Bundesländer, Altersgruppen und Schulformen teilnehmen, desto besser können die Ergebnisse der Studie genutzt werden.

Der Fragebogen kann bis mindestens Weihnachten unter **www.widisch.de** ausgefüllt werden.

Digitalisierung und Schule

„Was machen wir da eigentlich gerade?“

Es stellt sich nicht (mehr) die Frage, ob wir digitale Medien in Schule wollen – sie sind längst da. Im sehr dichten Schulalltag meldet sich das schlechte Gewissen, dass wir „jetzt eigentlich darüber nachdenken sollten, was wir da machen“.

Aber Reflexion über pädagogisches Handeln benötigt Zeit, bestenfalls im Rahmen der Schulentwicklung und nicht zusätzlich oder gar vereinzelt im Pausengespräch am Kopierer („Ich mach jetzt wieder Arbeitsblätter, das Smartboard funktioniert nicht mehr“). GEW-Veranstaltungen können in diesem Kontext durchaus einen „reinigenden“ Effekt haben, besonders wenn sie provokant angelegt sind: „Digitalisierung ist kein pädagogisches Konzept“ – diese nur auf den ersten Blick unumstrittene These stellt Ralf Lankau seinem Vortrag voran. Der Offenburger Professor für Medientheorie referierte in Braunschweig am 28. September. Zwei Tage später folgte eine Veranstaltung mit bildungsphilosophischem Ansatz mit dem Leipziger Buchautor Gottfried Böhme unter dem Titel „Der gesteuerte Mensch – eine Kritik am Digitalpakt Bildung“. Beide Autoren sind aktive Mitglieder im „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“, dem auch Manfred Spitzer angehört und das der Überzeugung folgt, Bildung lasse sich schlicht nicht digitalisieren. Digitale Medien seien bestenfalls Handwerkszeug, nicht aber ein Garant für vermeintlich „modernen“ Unterricht. Die aktuelle Tendenz zur Digitalisierung der Schulen komme auch nicht aus der Bildungswissenschaft, sondern werde von der Digitallobby gefördert, die ganz andere Ziele verfolge als bestmögliche Bildung. Beide Referenten arbeiten entsprechend mit dem Begriff des „Datenkapitalismus“ nach der Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff und warnen davor, Schüler*innendaten leichtfertig an Unternehmen zu geben.

Angestrebt werde unter anderem von der Bertelsmann Stiftung nicht weniger als die „Revolution der Bildung“, gemeint sei hier aber eigentlich eine Kulturrevolution. Die Rolle der Lehrkraft solle vom Pädagogen zum „Lernbegleiter“ wechseln, die des Bildungsinhaltes zum „Content“. Das Heilsversprechen des digitalen Lernens, so Böhme, sei entlehnt aus der Reformpädagogik, wobei die Begriffe umdefiniert werden. Ein Beispiel sei das Individualisierungsversprechen – die Software verspreche, ganz individuelle Lernpläne zuzuschneiden. Jede*r könne so im eigenen Tempo lernen und ganz nach eigenen Stärken und Schwächen das eigene Potential entwickeln. Nur hat das mit einem ganzheitlichen Bildungsansatz, wie ihn die Reformpädagogik verfolgte, wenig zu tun. Lankau warnt im Kontext individualisierter Lernsoftware davor, die Verantwortung für den Lernprozess werde den Lernenden abgenommen. Letzteres wird in den jeweils anschließenden Diskussionen durchaus pragmatischer gesehen. Besonders für das Aneignen und Trainieren von Faktenwissen (Anforderungsbereich I) werden Vorteile bei interaktiver Lernsoftware erkannt. Potenziale werden auch für das kollaborative Arbeiten und neue Strukturierung des Lernprozesses („flipped classroom“) gesehen. Aber immer wenn Programme vermeintlich Schüler*innendaten benötigen, sollte die Schule prüfen, ob es keine sinnvolle Alternative gibt. Einig sind sich alle Anwesenden, dass wirkliches Verständnis für Inhalte nicht auf digitalem Wege zu erlangen ist. Diskurs, Debatte, Problemlösen und Kreativität noch weniger. Bildungsinhalte müssen im doppelten Sinne „begriffen“ werden. Grundsätzlich wäre also zu überlegen, ob ein Bildungsideal „mit Kopf, Herz und Hand“ nicht auch im modernen Unterricht – begleitet auch von den Vorteilen digitaler Medien – einen neuen Stellenwert bekommen sollte.

Foto: Anne Kilian

Der Leipziger Autor Gottfried Böhme setzt sich in seinem Buch „Der gesteuerte Mensch“ kritisch mit der Digitalisierung der Bildung auseinander.

Anne Kilian

Jetzt
Beratungs-
termin
vereinbaren
Glasfaser für die
Schuldigitalisierung
Wir machen Schulen fit für die Zukunft.
Mit einer Glasfaser-Direktanbindung und Bandbreiten bis zu 100 Gbit/s. Damit wird individuelles Lernen technisch ebenso möglich wie die Verwendung von interaktiven Medien und Apps im Unterricht oder die digitale Aufbereitung von Lehr- und Lernmaterialien. Wir kümmern uns um Planung, Genehmigungen, Tiefbaumaßnahmen, Installation und Wartung.
Erfahren Sie mehr unter
business.ewe.de/schule-digital oder
rufen Sie uns an: 0441 8000 1484.
EWE business. Gemeinsam läuft's.
EWE

Eine Konzeptskizze

Keiner ohne Abschluss!

Im Zusammenhang mit den pädagogischen Problemen in Corona-Zeiten alarmieren aktuell Berichte, dass die Zahl der Schulabbrecher*innen steigt. Das deutsche Schulwesen hat generell nach wie vor das Problem, dass ein zu großer Prozentsatz von Schüler*innen der Sekundarstufe I nach Ableistung der Schulpflicht die Schule ohne jeden Abschluss, also nur mit einem Abgangszeugnis verlässt (circa 7 bis 9 Prozent).

Es ist klar, dass deren Chancen in der Berufswelt gegen Null gehen. Insofern liegt in dem Anliegen „Keiner ohne Abschluss“ eine große Herausforderung. Man kann sagen, dass es sehr ehrgeizig ist. Das Ziel, die Zahl der Schulabgänger*innen zu verringern oder gar zu löschen, ist bildungs- und schulpolitisch sehr sinnvoll. Nun hat Pädagogik noch nie hundertprozentige Erfolge gehabt, so dass man ein bisschen skeptisch hinsichtlich der Zielerreichung sein kann.

Wenn man es aber ernst damit meint, muss man es konsequent bedenken und realisieren. Bisherige Ausführungen dazu sind recht karg. Der Hinweis, dass zur Erlangung eines Schulabschlusses ein weiteres Schuljahr (Klasse 10) angehängt werden kann, reicht sicher nicht aus, da eine Schulzeitverlängerung per se nicht alle zu einem Abschluss führen wird. Die Intention einer zehnjährigen Allgemeinbildung für alle ist zudem im Prinzip anders zu verorten und seit den 70er Jahren virulent. Die folgenden Ausführungen sollen deshalb als eine Art Konzeptskizze die Anforderungen formulieren, die dem ehrgeizigen Projekt am ehesten zu einem Erfolg verhelfen könnten.

Zwei-Komponenten-Modell

Wenn man davon ausgeht, dass das Projekt Schüler*innen betrifft, deren bisherige Schullaufbahn nicht sehr erfolgreich gewesen ist (Sitzenbleiben ein- oder zweimal, deshalb überaltert, eventuell zeitweise oder länger in der Förderschule), bedarf die Ausgangslage besonderer Beachtung. Misserfolge und damit eventuell verbundene Demütigungen haben das Verhältnis zum Lernen negativ getönt. Lernmotivationen sind nicht mehr vorhanden. Das Selbstwertgefühl ist nicht besonders positiv entwickelt. Möglicherweise haben sich konträr zu den Erwartungen der Schule nicht-konforme Verhaltensweisen – subjektiv als Selbstschutz und Kompensation verstanden – zu einer Außenseiterrolle entwickelt. Schulschwänzen, gar Schulverweigerung mögen zeitweise oder auch andauernd Realität gewesen sein. Wenn ein Zuhause dazu kommt, das nicht besonders hilfreich, stützend und stärkend wirkt, ist die Ausgangslage möglicherweise schwierig.

Die soziale Komponente

Wenn also neu versucht werden soll, Lernerfolge zu erzielen, ist wohl zunächst die soziale Komponente wichtig. Das heißt, dass die Rahmengegebenheiten eine soziale Verdichtung erlauben müssen. Lerngruppen mit sechs bis acht Schüler*innen oder ab zwölf Schüler*innen mit Doppelbesetzung würden diese sichern. Intensivbetreuung im Sinne eines verlässlichen Ordnungsrahmens mit festen Bezugspersonen würde dann möglich sein. Die ständige persönliche An- und Absprache und die Verlässlichkeit aufbauender Beziehungen können am ehesten zu einem Wiedererstarken der Persönlichkeit der Jugendlichen führen. Das wäre eine entscheidende Voraussetzung für die Rückkehr zu erfolgreichem Lernen. Intensivbetreuung würde sich auch längst nicht nur auf schulische Angelegenheiten beziehen, sondern Außerschulisches und zum Beispiel Kontakte mit der Familie einschließen.

Zeitstrukturen

Der Schulalltag bedarf anderer Zeit- und Verlaufsstrukturen. Da die Aufarbeitung von Defiziten im Vordergrund steht – nicht das Wiederholen aller Inhalte in allen Fächern –, könnte man sich die Strukturierung des Alltages so denken, dass

- ein offener Tagesanfang den Beginn markiert (ab 7.30 Uhr Ankunftsmöglichkeit, 8.00 Uhr Unterrichtsbeginn),
- eine gemeinsame Planungs- und Besprechungszeit die Tagesarbeit einleitet (8.00-8.45 Uhr),
- Intensivphasen zum Beispiel von je 60 Minuten den weiteren Vormittag bestimmen, um die herum andere Aktivitäten gruppiert werden,
- eine längere Pause mit gemeinsamem Frühstück den Vormittag unterteilt,
- genügend musisch-sportliche Aktivitäten für Auflockerung, Entspannung und alternative Schulerlebnisse sorgen.

Wenn die Schule als Ganztagsschule geführt wird, entstünden weitere Chancen, im Sinne eines ganzheitlichen, personenorientierten Ansatzes zu arbeiten.

Die Schule muss sich als Lern- und Erlebnisraum mit dem Ziel einer gerechten Gemeinschaft verstehen. Sich wohlfühlen und gleichzeitig Herausforderungen angehen, zuhause sein und Verantwortung übernehmen, sind leitende Maximen. Theaterspiel, eine Schüler*innenfirma, Erlebnispädagogik am Kletterhang, gemeinsames tatkräftiges Anpacken (selbstständiger Einbau von Sitzecken und Regalwänden) sind Elemente des Schulalltages. Das heißt, dass versucht wird, die jungen Menschen ernst zu nehmen, was immer damit verbunden ist, ihnen ernsthafte Aufgaben mit Verantwortung zuzumuten und sie damit zunächst einmal in ihrer Persönlichkeit zu stärken. Wichtig wäre es, häufigen Lehrerwechsel zu vermeiden und über das Klassenlehrerprinzip personale Kontinuitäten zu sichern.

Fürsorgliche Pädagogik

Die Besonderheiten des pädagogischen Ansatzes sind noch etwas genauer zu beschreiben. Eine fürsorgliche und aufbauende Pädagogik – besonders dann, wenn Leistungsdefizite und Misserfolge bisher die individuelle Bildungsbiografie bestimmt haben – folgt den Grundsätzen:

- sich Zeit nehmen und den Schüler*innen zuhören (im Sinne des Heraushörens der Probleme und Schwierigkeiten),

- mit den Jugendlichen sprechen, nicht nur über sie,
- die Probleme der Schüler*innen wahrnehmen – auch die außerschulischen – und Anstrengungen auch bei zunächst vielleicht kleinen Erfolgen anerkennen,
- individuelle Ziele mit den Jugendlichen besprechen und festlegen,
- zunehmend Selbstständigkeiten und Selbstverantwortlichkeiten fördern,
- individuelle Unterstützung ständig sichern und anbieten,
- Verabredungen und Regeln konsequent verfolgen und genauso die Konsequenzen bei Regelverstößen einhalten (konsequente Pädagogik!),
- Sicherheit in der gemeinsamen Arbeit vermitteln (Angstfreiheit und Vertrauen),
- an den Interessen der Jugendlichen immer wieder anknüpfen, aber auch darüber hinausführen,
- insgesamt eine positive Erwartungshaltung und großes Vertrauen vermitteln.

Die Kleinschrittigkeit, positive Lernanstrengungen zu verstärken, mag zunächst bestimmend sein. Wenn zuerst die Reaktivierung verschütteter Lernmotivationen ansteht, mögen Aktivitäten bei Sport und Spiel, Werken und Kunst besonders wichtig sein. Zunehmend ist aber an den „Solls“ anzuknüpfen (Abschlussqualifikationen) und der Spannungsbogen von kleinen Erfolgen zu größerer Ausdauer und Beharrlichkeit größer zu ziehen. Verlässliche Organisations- und Verabredungsgerüste geben diesen Bemühungen den Rahmen.

Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ wird zuerst einmal von dieser in aller Kürze beschriebenen sozialen Komponente leben. Die natürlich notwendige kognitive Komponente kann dann zunehmend – in die soziale eingebettet – ihre Wichtigkeit bekommen.

Die kognitive Komponente

Am Anfang steht eine genauere Stärken-/Defizitanalyse. Jeder Mensch hat Stärken und Schwächen. Die Stärken sind der Anknüpfungspunkt. Die Defizite (in Deutsch, Mathematik, Fremdsprache) müssen ungeschminkt festgestellt werden. Die Folge sind individuelle Förderprogramme. Wo muss jede*r ansetzen, um an der Minimierung der Lern- und Leistungsdefizite zu arbeiten? Die oben dargestellten Organisationsmuster gemeinsamen Lernens schaffen den Rahmen, in dem man gemeinsam arbeiten kann, aber in den Intensivphasen zum Beispiel hart am eigenen Arbeitsprogramm arbeitet. Der didaktisch-methodische Rahmen – beispielsweise über Wochenplanarbeit das Lernen zu organisieren – ist bekannt. Die Lehrerrolle wird dahingehend zu akzentuieren sein, dass gemeinsame Planung für den Tag, später für die Woche am Anfang steht – Unterrichtszeit ist immer auch Planungszeit! –, die Intensivarbeit immer wieder von der Lehrkraft geführt wird (Vermittlungs- und Erklärungsphasen), aufgrund des Zeit- und Planungsrahmens die persönliche und individuelle Zuwendung genügend Raum erhält. Da ein Individuum an den Zumutungen wächst, die an es herangetragen werden, ist es wichtig, früh kleinere, dann größere Lernerfolgskontrollen bereitzustellen, mit deren Hilfe sich ein*e Schüler*in überprüfen kann. Diese sind jederzeit wiederholbar. In aufsteigender Linie kann man die Anforderungsstrukturen so beschreiben:

- Anfangs mögen kleinrahmige Aufgabensets die Arbeit bestimmen: nach einer Vermittlungsphase sind Aufgabenblätter, Lernmaterialien zu bearbeiten.
- Dann erfolgen auf dem Wege diagnostischer Differenzierung – langsam ausgeweitet über mehrere Fächer und Stunden – Absprachen, die spezielle Ansprachen beinhalten:
  - Du musst noch einmal genauer...!
  - Beachte besonders die Fehlerhäufigkeiten...!
  - Übe mit deinem Partner die Mathematikaufgaben auf den Seiten...!
- Wenn gemeinsame Planungszeit akzeptiert ist und realisiert wird, kann man schließlich Arbeitspläne gemeinsam aufstellen: für diese Woche stellen wir folgenden Plan auf. Acht Stunden stehen uns für Deutsch und Mathematik zur Verfügung.
  - Ich (die Lehrerin/der Lehrer) habe folgende Aufgaben für dich: ...
  - Was hältst du für wichtig?
  - Wir stellen folgendes Arbeitsprogramm auf…!

Die Grundidee dabei ist, Zug um Zug Perspektiven zu entwickeln, die Erfolg verheißen, die Transparenz der Leistungserwartungen frühzeitig herzustellen, das Vertrauen zu sich selbst und damit Selbstverantwortung aufzubauen.

Fazit

Wenn man sich das anspruchsvolle Ziel „Keiner ohne Abschluss“ setzt, geht man über das bisherige Schule-Machen hinaus. Nimmt man es ernst, muss man frühzeitig überlegen, mit welcher Konzeption man es angehen kann. „Business as usual“ (Anhängen eines Schuljahres) wird nicht viel bringen. Der Anspruch braucht seine Entsprechung in einem Konzept und dessen Realisierung. Wahrscheinlich werden die personellen Ressourcen schnell der springende Punkt sein. Aber ohne Konzept und ohne eine angemessene Ausstattung wird es nicht gehen.

Prof. em. Manfred Bönsch

Abschiedsrituale – hier mit Luftballons – können Kindern und Jugendlichen in ihrer Trauer helfen.

Tod und Trauer im Schulalltag

Wie „Trauerland“ auch Lehrkräfte unterstützt

Nach dem Tod eines nahen Angehörigen ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ihnen das Gefühl zu geben, dass sie mit ihren Fragen, Ängsten und Problemen nicht alleine sind. Hier bietet der Verein Trauerland seit 1999 einen geschützten Raum für die Auseinandersetzung mit der Trauer. Doch nicht nur betroffene Familien suchen bei Trauerland Unterstützung: auch zahlreiche Fachkräfte aus Schule, Kita oder Jugendamt wenden sich mit ihren Fragen an den gemeinnützigen Bremer Verein.

„Oft herrschen bei dem Thema Kindertrauer Sprachlosigkeit und Verunsicherung“, berichtet Beate Alefeld-Gerges, Gründerin und pädagogische Leitung Trauerlands. Bei Trauerland erhalten Fachkräfte zum einen konkrete Hilfestellungen in akuten Notsituationen, zum anderen gibt der Verein auch seine Erfahrung aus mehr als zwei Jahrzehnten Kindertrauerbegleitung seit vielen Jahren in Form von Seminaren, Workshops und Vorträgen weiter – seit Herbst 2020 unter dem Namen „Trauerland Bildung“.

Tod in der Schule

Die Anlässe, Trauerland zu Rate zu ziehen, sind vielfältig. „Uns rufen unter anderem Lehrkräfte an, in deren Klasse ein Kind bei einem Unfall zu Tode gekommen ist und die nicht wissen, wie sie ihre Schüler*innen in dieser Situation unterstützen können“, erläutert Alefeld-Gerges. Kürzlich meldete sich ein Lehrer einer weiterführenden Schule in Niedersachsen, da in seiner 7. Klasse ein Junge an Leukämie gestorben war. Die gesamte Klasse war sehr betroffen. Bis zum Schluss hatten die anderen Jugendlichen gehofft, dass der Junge seine Krankheit besiegen würde.

Der Lehrer fühlte sich mit der Situation überfordert und wusste nicht, wie er damit umgehen sollte. „Wir haben gemeinsam mit ihm überlegt, wie er zusammen mit den Schüler*innen einen Raum schaffen könnte, wo sie über ihre Gefühle sprechen können, wenn sie möchten“, so Alefeld-Gerges. In diesem Fall fuhren Mitarbeitende von Trauerland in die Schule und trafen die Klasse ohne den Lehrer, da sich die Schüler*innen eine externe Begleitung gewünscht hatten. Also öffnete das Trauerland-Team gemeinsam mit den Schüler*innen den Raum für Erinnerungen, aber auch für verschiedene Gefühle, wie Wut, Betroffenheit oder Schuld. „Bei den Jugendlichen war eine Erleichte-

Wer den Verein unterstützen möchte, kann dies unter folgendem Spendenkonto tun:

Sparkasse Bremen
IBAN: DE11 2905 0101 0017 1999 77
BIC: SBREDE22XXX
www.trauerland.org
www.trauerland-bildung.de

rung darüber zu spüren, dass sie sich mitteilen und ihre Gefühle und Gedanken loswerden konnten."

Pionier der Kindertrauerbegleitung
Trauerland war der erste Verein in Deutschland, der sich dem Thema Kindertrauer gewidmet hat. Gründerin Alefeld-Gerges brachte das Konzept aus dem Dougy Center/Portland mit, wo bereits seit Mitte der 1980er Jahre mit trauernden Kindern und Jugendlichen gearbeitet wurde. Der Verein begann klein – mit einer Mitarbeiterin und drei Kindern. Heute bietet Trauerland rund 150 Plätze für trauernde Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus der gesamten Nordwestregion an. Rund 40 Prozent der Betroffenen kommen aus dem niedersächsischen Umland. Manche Familie nimmt Anfahrten von über zwei Stunden je Strecke auf sich, um an den Trauergruppen teilnehmen zu können.

Spendenrückgang
Aus diesem Grund initiierte der Verein 2018 eine Außenstelle in Verden. Auch in Oldenburg war Trauerland 15 Jahre lang vertreten. Diese Ära endete im September 2021: Bedingt durch die Pandemie und rückläufige Spenden hat Trauerland den Oldenburger Standort im Herbst geschlossen, um den Gesamtverein zu konsolidieren. „Wir sind sehr traurig, nicht allen Betroffenen die Unterstützung gewähren zu können, die sie benötigen würden, aber in Zeiten, in denen die Wirtschaft, die uns trägt, vor noch nicht abzusehenden Verlusten steht, müssen auch wir unser Angebot auf den Prüfstein stellen", sagt Simin Zarbafi-Blömer, geschäftsführender Vorstand Trauerlands.
Trauerland finanziert seine Arbeit zu 95 Prozent über Spenden, alle Beratungs- und Begleitungsangebote sind für die Betroffenen kostenfrei. Für die Inanspruchnahme der Bildungsangebote erhebt Trauerland Teilnahmegebühren. Der Verein verfolgt mit ihnen sein Anliegen, möglichst viele Menschen zu befähigen, eine Kompetenz im Umgang mit trauernden Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Allein im niedersächsischen Raum hat Trauerland in den vergangenen Jahren Fachkolleg*innen aus rund 30 Einrichtungen im Umgang mit trauernden Kindern und Jugendlichen fortgebildet, darunter Kitas, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Kliniken und Hospizvereine.

Das Beratungstelefon ist montags von 13.30 bis 15.30 Uhr, mittwochs von 16 bis 18 Uhr und freitags von 10 bis 12 Uhr unter 0421/69 66 72 80 erreichbar. Ansprechpartnerin für Fragen rund um das Bildungsangebot ist Andrea von Fleischbein:
a.von_fleischbein@trauerland.org

Das Prinzip Selbstverharmlosung

Kornblumen züchtende Geschichtsrevisionisten

„Es ist nicht überraschend, dass auch an Schülerinnen und Schülern nicht spurlos vorbeigeht, wenn sich in der gesamten Gesellschaft die Grenzen des Sagbaren verschieben“[1], äußerte im vergangenen Jahr der langjährige Geschäftsführer der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, Jens-Christian Wagner.

Wagner, der seit Oktober 2020 Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ist, nahm mit seiner Äußerung Bezug auf die Tatsache, dass es in den letzten Jahren eine Tendenz zu Provokationen und Störungen durch Schüler*innen, aber auch von anderen Personenkreisen, gab. Beispielsweise[2] die Behauptung aus den Reihen einer Schulklasse, die hohe Todesrate in Bergen-Belsen sei von den Alliierten verursacht worden, da ihre Luftangriffe zu einer Versorgungskrise geführt hätten. Oder, wie in Buchenwald, der Eintrag in einem Gästebuch, dass man die Lager wieder brauche, wenn man zu viele Ausländer habe. Auch gezielte Provokationen aus der rechten Szene gab es in der Vergangenheit, zum Beispiel im November 2019 in der KZ-Gedenkstätte Moringen durch polizeibekannte Rechtsextreme. Und die Liste der Sachbeschädigungen reicht vom eingeritzten Hakenkreuz auf einem Transportbehälter für Leichen bis zu einem Brandanschlag auf eine Baracke in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. „Es schwindet der Respekt vor den Orten und den Opfern“[3], bilanziert der Vorgänger von Wagner in Buchenwald, Volkhard Knigge. Und Juliane Wetzel vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung stellt fest: „Dieser Hass, der über die sozialen Netzwerke verbreitet wird, bricht sich Bahn in der Realität beim Besuch einer Gedenkstätte.“[4] Aber es sind nicht nur die sozialen Netzwerke, die beispielsweise Jugendliche und junge Erwachsene verhetzen und indoktrinieren. Es ist auch das Milieu der AfD, und dabei speziell ihres Führungspersonals, das eine Uminterpretation und Verfälschung der jüngeren deutschen Geschichte in öffentlichen Reden verbreitet.

Vergangenheit zurückholen

Auf dem Kyffhäusertreffen des AfD-„Flügels“ im September 2017 erklärte Alexander Gauland, dass man das Recht habe, „nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen.“[5] Für diese angekündigte geschichtsrevisionistische Offensive lieferte er dann selbst einige markante Beispiele. Auf dem Treffen äußerte er: „Wir haben das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen“[6]. Und knapp ein Jahr später, auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in der 1.000 Jahre erfolgreichen deutschen Geschichte.“[7] Auch der Landesvorsitzende der AfD Niedersachsen, Jens Kestner, liegt mit Gauland auf einer Linie mit seiner Behauptung, die Wehrmacht sei „eine der besten Armeen (gewesen),

Foto: Adobe Stock © RalfenByte

die es in der Welt gab."[8] Bei derartigen Äußerungen fühlt man sich an den letzten Wehrmachtsbericht des Hitler-Nachfolgers, Großadmiral Karl Dönitz, erinnert, der am 9. Mai 1945 über den Reichssender Flensburg verlauten ließ: „Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden."[9] Es dauerte fast auf den Tag genau 50 Jahre, bis durch die Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" im März 1995 das Bild der angeblich ehrenhaft kämpfenden Wehrmacht gewaltige Risse bekam. Nunmehr wurde einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass die Wehrmacht insbesondere in Osteuropa einen Völkermordkrieg geführt und eine aktive Rolle beim Holocaust gespielt hatte. Diese Erkenntnis hat seitdem in Teilen der Gesellschaft Raum gegriffen, sie wird in der breiten Öffentlichkeit aber immer noch überlagert von Mythen über die Wehrmacht sowie die familiären Verstrickungen („Opa war kein Nazi!"). An diese Mentalität docken Gauland, Höcke und Kestner an und fordern, wie die AfD Niedersachsen in einer Presseerklärung vom 20. Dezember 2016, den „irren Schuldkult aus Deutschland zu verbannen."[10]

Das freundliche Gesicht des NS

Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem ausführlichen Gutachten den „Flügel" innerhalb der AfD im Januar 2019 zum Verdachtsfall erklärt hatte und die gesamte AfD zum Prüffall, verordnete sich die AfD für ihr Auftreten in der Öffentlichkeit das Prinzip der „Selbstverharmlosung". In internen Chats ergibt sich aber auch geschichtspolitisch ein völlig anderes Bild. Aktuell im Focus stehen dabei geleakte Chats des AfD-Vizechefs in Nordrhein-Westfalen, Matthias Helferich.[11] Der Jurist aus Dortmund hat aufgrund seines Listenplatzes gute Chancen, in den nächsten Bundestag einzuziehen. Auf Facebook soll Helferich den Recherchen des WDR zufolge ein Foto von sich „als das freundliche Gesicht des NS" kommentiert, Adolf Hitler zitiert und mit seinen guten Kontakten zur militanten rechten Szene geprahlt haben. Seinem Parteikollegen Markus Mohr soll er geschrieben haben: „markus, der führer schreibt: ‚jahrelang mussten mir den Frieden predigen, um den Krieg vorzubereiten'." (Fehler im Original) Dazu passt, dass er an anderer Stelle beteuert, sein bürgerliches Image nur zum Schein zu pflegen und sich als „Kornblumenzüchter" bezeichnet. Denn, so Helferich: „Die kornblume: geheimes symbol der nationalsozialisten während des Verbots in österreich." Dass derartige interne Äußerungen keineswegs singulär sind, bestätigt der AfD-Aussteiger Christian Hirsch, der kürzlich den Roman „Machtergreifung" veröffentlichte. Hirsch war Fraktionsgeschäftsführer im Landtag von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Berliner Abgeordnetenhaus. Er habe, so Hirsch, in seiner Zeit als Mitarbeiter zahlreiche AfD-ler kennengelernt, die sich sehr mit Geschichte beschäftigt hätten und die Nazi-Diktatur keineswegs als Warnung, sondern vielmehr als Blaupause gesehen hätten.

Geschichtslehrer Höcke

Der Faschist Björn Höcke, der immer stärker an Einfluss und Rückhalt gewinnt und den Landesvorstand der AfD Niedersachsen an seiner Seite hat, machte schon vor Gründung der AfD Werbung für die NS-Diktatur. Allerdings war der Geschichtslehrer Höcke zu diesem Zeitpunkt noch verbeamteter Gymnasiallehrer im hessischen Schuldienst, deshalb veröffentlichte er unter dem Pseudonym Landolf Ladig.[12] Im Magazin „Volk in Bewegung" des NPD-Vorstandsmitglieds und Rechtsrock-Unternehmers Thorsten Heise schrieb Ladig/Höcke im Jahre 2011: „Nicht die Aggressivität der Deutschen war ursächlich für zwei Weltkriege, sondern letztlich ihr Fleiß, ihre Formenliebe und ihr Ideenreichtum. Das europäische Kraftzentrum entwickelte sich so kräftig, dass die etablierten Machtzentren sich gezwungen sahen, zwei ökonomische Präventivkriege gegen das Deutsche Reich zu führen. Der zweite Weltkrieg war allerdings nicht nur ökonomisch motiviert, sondern darf auch als ideologischer Präventivkrieg angesprochen werden, hatte sich im nationalsozialistischen Deutschland doch eine erste Antiglobalisierungsbewegung staatlich etabliert, die, wären ihr mehr Friedensjahre zur Erprobung vergönnt gewesen, wahrscheinlich allerorten Nachahmer gefunden hätte."[13] Derartige geschichtspolitische Thesen sind so unsinnig, dass sich eine Kommentierung erübrigt. Oder allenfalls mit dem Satz: Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Nämlich die, ein positives Bild von der NS-Diktatur zu verbreiten, um politisch und ideologisch daran anknüpfen zu können. Trotz der Schlappe, die die AfD beispielsweise bei den Kommunalwahlen am 12. September in Niedersachsen eingefahren hat, sind also fundierte Aufklärung und konsequenter Widerstand auch zukünftig unabdingbar.

Ralf Beduhn
AG Courage gegen Rechts

---

[1] Z.n. www.news4teachers.de/2020/01/immer-mehr-provokationen-in-kz-gedenkstaetten
[2] Vgl. i.F. ebd.
[3] Z.n. ebd.
[4] Z.n. ebd.
[5] Z.n. Anke Hoffstadt/Michael Sturm: Geschichte für Patrioten und Volksliedsänger. In: Gegenwartsgestrige. Hrsg. vom Kollektiv des Gesprächskreises Geschichte. Berlin 2021.
[6] Z.n. ebd.
[7] www.youtube.com/watch?v=78spEzkbUAM
[8] Z.n. Brief Wagner vom 15. Januar 2020. Faksimile siehe Anm. (1)
[9] Z.n. Jens Westermeier: „So war der deutsche Landser" – Wehrmachtsbilder von 1945 bis heute. In: Jens Westermeier (Hrsg.): „So war der deutsche Landser..." – Das populäre Bild der Wehrmacht. Bonn 2020, S. 5.
[10] Z.n. Brief Wagner
[11] Vgl. i.F.: Gareth Joswig: Die Zucht der Kornblumen. In: taz, 2. August 2021. Am 10. August stimmte der AfD-Bundesvorstand mit 14 zu 9 Stimmen gegen einen Parteiausschluss. Damit ist der Weg frei für Helferichs Einzug in den nächsten Bundestag.
[12] Vgl. https://andreaskemper.org/2019/06/23/ladig-hoecke-synapse
[13] Landolf Ladig: Krisen, Chancen und Auftrag. In: Volk in Bewegung

Foto: Sara Müller

Anja Bensinger-Stolze (GEW); Christoph Scheuring (Autor); Dr. Inga Lison, Simone Depner, Angelika Schmidt-Rösser (Jury)

Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)

Christoph Scheuring gewinnt den Heinrich-Wolgast-Preis

Am 17. September wurde in einer feierlichen Stunde der Heinrich-Wolgast-Preis der AJuM in der GEW verliehen. Dieser mit 2.000 Euro dotierte Preis wurde 1986 vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW gestiftet, um die Darstellung der Arbeitswelt in der Kinder- und Jugendliteratur zu fördern. Verliehen wird der Preis alle zwei Jahre.

In diesem Jahr wurde das Buch „Sturm“ ausgezeichnet. Die Protagonistin Nora, die in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwächst, zieht ihre Energie aus ihrem Engagement für den Tierschutz. Da sie dabei ziemlich rigoros vorgeht, muss sie 300 Sozialstunden auf einem Fischtrawler als „Observer“ abarbeiten. Konflikte mit den Fischern sind vorprogrammiert. In einem schweren Sturm gerät das Schiff in Seenot.

Aber nicht nur das Wetter ist extrem stürmisch, auch in den Diskussionen prallen Meinungen aufeinander. Nora lernt: Einfache Antworten gibt es nicht.

Dieses Buch enthält viele Informationen, viel Stoff zum Nachdenken, viele kluge Sätze, viel Spannung. Laura Pooth sagte in ihrem Grußwort „Bücher spielen eine entscheidende Rolle beim Lernzuwachs“. Ist Wissen so gut verpackt wie in diesem Buch, macht Lernen Spaß und geschieht ganz nebenbei.

Der Autor recherchierte selbst auf einem Fischtrawler und in einem Schlachthof. Ihm ist es wichtig, die Realität in den Vordergrund zu stellen.

Zur Arbeit der Jury

Interview mit Jurymitglied Simone Depner.

Simone, Du hast zwei Jahre als Mitglied der Jury für den Heinrich-Wolgast-Preis zahlreiche Bücher zum Thema „Arbeitswelt“ gelesen, einige aussortiert, andere favorisiert. Und schließlich musstest du dich mit den anderen drei Jurymitgliedern auf zehn wirklich lesenswerte Bücher für die Shortlist einigen und auf den Titel, der den mit 2.000 Euro dotierten Preis erhält. Diese Arbeit stelle ich mir interessant, aber auch zeitintensiv und nicht einfach vor.

Damit sprichst du bereits viele Aspekte an, die dafür gesorgt haben, dass unsere Juryarbeit der letzten zwei Jahre so abwechslungsreich und gleichzeitig spannend verlaufen ist. Insgesamt hat diese Aufgabe meinen Horizont auf verschiedenen Ebenen erheblich erweitert. Zunächst habe ich naturgemäß sehr viele Neuerscheinungen gelesen, die die Bedeutung und Darstellung der Arbeitswelten abbilden. Besonders im letzten Jahr habe ich eine zunehmende Präsenz vor allem im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Arbeitswelt in der Kinder- und Jugendliteratur wahrgenommen. Mit Sicherheit ist das auch eine Auswirkung der Pandemieerfahrungen. Wahrscheinlich bin ich aber auch sensibler dafür geworden, wie das Thema literarisch gestaltet wird. Das trifft auch für die literaturästhetische Gestaltung zu. Eine weitere Bereicherung sind die zahlreichen Kooperationen mit Kolleg*innen, die sich auch mit Kinder- und Jugendliteratur beschäftigen. Der Austausch mit Verlagen, Arbeitskreisen, Fachzeitschriften, Rezensent*innen, aber auch mit kreativen Personen aus der Book-Tubing-Szene ist reizvoll und gewinnbringend. Nicht zuletzt habe ich auch gelernt, meine eigenen Lesestrategien zu optimieren, denn allein die reine Lesetätigkeit nimmt viel Zeit und Raum (dies auch wörtlich genommen: meine Regale platzen aus allen Nähten...) ein.

Wie viele Bücher habt ihr in den letzten zwei Jahren zum Thema Arbeitswelt gelesen? Und hat jede von euch alle Bücher gelesen?

Insgesamt hatten wir circa 130 Bücher zur Auswahl. Davon waren etwa 15 Titel Initiativbewerbungen, die wir entweder aus inhaltlichen oder aus konzeptionellen Gründen nicht berücksichtigen konnten. Von den verbleibenden 115 Büchern habe ich circa 100 gelesen. Gerade Bücher, bei denen wir eine hohe Erwartungshaltung hinsichtlich der Verhandlung der Arbeitswelt hatten, haben wir in der Regel alle vier gelesen. Wenn zwei Kolleginnen von uns nach der Lektüre eines Buches festgestellt haben, dass der Titel aus verschiedenen Gründen leider gar nicht in Frage kommt, kam es auch schon einmal vor, dass ich das Buch nur angelesen habe.

Bücher, die sich mit dem Thema Arbeitswelt beschäftigen, enthalten das Wort ja nicht im Titel. Wie habt ihr aus den unzähligen Neuveröffentlichungen die Bücher gefunden, die sich mit dem Thema beschäftigen?

Das ist tatsächlich gar nicht so einfach. Zuerst haben wir in allen uns bekannten Verlagen die Kataloge durchgeblättert, Klappentexte und Rezensionen gesichtet und auf dieser Grundlage erste Titel bestellt, gelesen und in kleinen Lesezirkeln besprochen. Wie bereits erwähnt, war die Ausbeute zunächst spärlich. Dann haben wir einerseits unseren Suchradius etwas erweitert und auch in Fachzeitschriften, auf Online-Portalen, in Tageszeitungen, in Buchläden und überall dort gesucht, wo uns Bücher begegnen. Andererseits haben wir uns auch abgesprochen, welches Verständnis wir eigentlich von dem Thema Arbeitswelten haben (wollen), und unsere Blickrichtung stärker geöffnet. Zum Beispiel haben wir vereinbart, auch Bücher zu sichten, die sich mit Kinderarbeit beschäftigen. Parallel haben wir erkannt, dass besonders durch die Digitalisierung auch ganz neue Arbeitsfelder im Bereich der künstlichen Intelligenz in der Literatur vorkommen. Eine weitere Ergänzung waren auch solche Titel, die die Arbeitswelt eher implizit ansprechen oder bei denen es nicht um klassische Ausbildungsberufe geht, zum Beispiel Erzählungen aus der Modelwelt oder aus dem Leben von Influencern. Dadurch sind wir relativ schnell in eine Surf-Bewegung gekommen und plötzlich hatten wir einen ganz ordentlichen Fundus an sehr diversen Titeln.

Die Wahl, euch auf einen Siegertitel zu einigen, war sicher nicht einfach. Welche Beurteilungskriterien habt ihr angelegt? Habt ihr zum Beispiel bewusst unterschiedliche Genre- und Adressatengruppen berücksichtigt?

Als Dreh- und Angelpunkt gilt in dieser Jury das Themenfeld Arbeit mit all seinen Facetten und gesellschaftlichen wie ökonomischen Auswirkungen. Das ist natürlich ein weites Feld. Wir haben deshalb von Anfang an versucht, einen gesunden Ausgleich zwischen der Berücksichtigung von strukturierten Kriterien, aber auch unserer Intuition zu bewahren. Dazu gehört selbstverständlich auch eine sehr gepflegte Dokumentation, bei der wir alle gelesenen Titel aufgelistet und direkt nach der Lektüre mit einem Freitext individuell bewertet haben. Für den schnellen Zugriff haben wir zusätzlich mit einem Farbsystem eine Rangfolge festgelegt. Zu den konzeptionellen Auswahlentscheidungen zählt tatsächlich der Einbezug unterschiedlicher Genres und Zielgruppen. So haben wir Bilder-, Kinder-, Jugend- und Sachbücher in einem sehr ausgewogenen Verhältnis eingebunden. Weiterhin war uns der literarische Anspruch wichtig. Hierzu zählen neben der Originalität und Kreativität besonders Aspekte der Erzählsituation, narrative und dramaturgische Handlungslogiken, aber auch Momente, die Irritation auslösen und auch Diskurse eröffnen. Literarisch wertvolle Gegenstände suchen ja bekanntlich aus sich heraus die Anschlusskommunikation. So war es uns ein Anliegen, auch alternative, beziehungsweise provokante Erzählungen, die vielleicht nicht in allen Bereichen konventionellen Erzählmustern folgen, stark zu machen. Zuletzt haben wir darauf geachtet, nur Bücher auszuwählen, die zwischen September 2019 und Mai 2021 erschienen sind.

Du und die anderen Jurymitglieder hatten 2019, als ihr euch dem Gesamtvorstand der AJuM zur Wahl gestellt habt, gewiss bestimmte Erwartungen an eure Tätigkeit. Haben sich diese Erwartungen erfüllt?

Das ist rückblickend eine interessante Frage. In erster Linie war ich sehr neugierig darauf, Literatur zu einem spezifischen Schwerpunkt, nämlich dem der Arbeitswelt, über einen längeren Zeitraum kontinuierlich zu verfolgen. Durch meine bis dato intensive Rezensionsarbeit bei der AJuM hatte ich eigentlich eher interessengeleitet Bücher ausgewählt. Nun kam diese thematische Klammer dazu, die auch meine Wahrnehmung bezüglich des Buchmarkts verändert hat. Ansonsten hatte ich zuerst Respekt vor dem zeitlichen Aufwand. Allerdings hat uns der Lockdown zumindest in diesem Bereich in zweierlei Hinsicht in die Karten gespielt: Wir konnten die Zeit zu Hause zum Lesen nutzen und durch den Digitalisierungsschub konnten wir unsere Besprechungen auf gewährten Plattformen ohne große Hindernisse realisieren.

Wie reagierten der Autor und sein Verlag, als sie eure Einladung zur Preisverleihung erhielten?

Nachdem wir Christoph Scheuring unsere Entscheidung per Mail im Juli 2021 mitgeteilt hatten, hat er sich innerhalb weniger Stunden zurückgemeldet und seine Freude über die Auszeichnung wirklich zum Ausdruck gebracht. Zur Erinnerung: Das kulturelle Leben nahm zu diesem Zeitpunkt gerade wieder Fahrt auf und so war diese Nachricht vielleicht auch ein Zeichen des Neubeginns. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass er die Botschaft mit diesen Worten bewertet hat: „Das war mit Abstand die bisher beste Nachricht des Jahres."

Simone Depner wird auch in den kommenden zwei Jahren in der Jury mitarbeiten.

Ulrike Fiene
AJuM Niedersachsen

Literaturangaben

Christoph Scheuring: Sturm, Magellan-Verlag 2020, ISBN: 978-3-7348-5028-8, 304 Seiten, 18 Euro, ab 14 Jahre

Die Shortlist kann eingesehen werden unter: www.gew.de, Stichwort: AJuM Publikationen

Arbeitstagung Mobiler Dienst Niedersachsen

Wo drückt der Schuh und was ist gut am neuen Erlass?

Eine gelungene Veranstaltung in einer arbeitsintensiven und positiven Atmosphäre, ein qualifizierter Austausch mit Perspektive der Fortsetzung, zufriedene Gesichter und mal wieder ein Wiedersehen „live" können als Resümee dieser Veranstaltung gelten. Für den 20. September 2021 hatte eine Arbeitsgruppe der Fachgruppe Sonderpädagogik GEW-Kolleginnen und -Kollegen in der Arbeit des Mobilen Dienstes nach Jeddingen eingeladen.

In Anbetracht des vermutlich bald zu erwartenden neuen Erlasses Mobile Dienste (MD) – ein Umsetzungskonzept und die Zeitleiste für eine landesweit einheitliche, organisatorische Struktur der MD betreffend – folgten der Einladung 50 Teilnehmer*innen. Für das Schuljahr 2021/22 ist die Erarbeitung der Handreichungen (untererlassliche Regelungen) geplant. Die GEW ist an diesem Prozess begleitend beteiligt. Deshalb ging es in der Veranstaltung darum, Ideen und Anregungen aufzunehmen, zu diskutieren, zu vernetzten und gegebenenfalls in die zu erstellenden Handreichungen einfließen zu lassen. Sie sollte eine Art Auftaktveranstaltung dafür sein, den Prozess der weiteren Entwicklung der Mobilen Dienste in den jeweils fachrichtungsspezifischen Ausrichtungen konstruktiv und kritisch zu begleiten. Die Teilnehmer*innen arbeiten in den Schwerpunkten Hören, Sehen, körperliche und motorische Entwicklung (KME) und emotionale und soziale Entwicklung (ES). Dass es erhebliche Unterschiede bezüglich der Beauftragung, der Beratung und der Durchführung bei den vier Bedarfen gibt, war schnell offensichtlich. Irritationen entstanden hinsichtlich der diversen Aufgabenübertragungen durch die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule (RZI) vorwiegend im Schwerpunkt ES.

Zunächst absolvierten die Teilnehmer*innen eine Skalierungsübung. Dem Referenten Rüdiger Kreth gelang es, zu Beginn systemisches Handwerkszeug zu vermitteln, dadurch auch einen persönlichen Austausch zu generieren und vor allem eine lockere Stimmungslage zu schaffen.

Anschließend wurde der Erlass „unter die Lupe" genommen. Es konnten „Stimmungspunkte" (Gesprächsbedarfe) bezüglich der unterschiedlichen Themen (Ressourcen/Ausstattung, Beauftragung, Anforderungsweg der Beratungsanfrage, Dienstbesprechungen, Weiterbildungen, Einsatzplanung- und Nachweise) geklebt und gemäß dem Motto „Wo drückt der Schuh" zur Sprache gebracht werden. Ein regelrechter Felsen im Schuh offenbarte sich in der Sorge, nicht mehr im Team beraten zu können mangels einer möglichen Personalressource. Auch ließ sich durchaus über mögliche Spielräume philosophieren respektive Sicherheiten schaffen für Berater*innen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen.

Schließlich kam es am Ende der Tagung zu einem beschwingten Diskurs zwischen den Teilnehmer*innen und Franz-Josef Kamp (Regionales Landesamt für Schule und Bildung Lüneburg) sowie Rainer Licht (RZI Leitung), die zunächst das Konzept und eine Zeitleiste anhand einer Präsentation vorstellten. Inhalte des Erlasses bezogen sich auf das Lüneburger Modell (federführend Franz-Josef Kamp). Teilweise äußerten die Teilnehmer*innen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Durchführungsmodalitäten, insbesondere auch, was unter anderem den ein wenig holprig anmutenden Weg der Beratungsanmeldung respektive der Dokumentation betrifft. Ein erheblicher Brocken im Schuh scheint auch der Aspekt der Wertschätzung durch das RZI zu sein. Immer wieder tauchte die Frage auf, warum das Onlineportal B&U notwendig sei und nicht eine niedrigschwelligere Verfahrensweise vorgezogen wird. Ein Wermutstropfen könnte auch eine Fachfremdheit der RZI-Leitung sein. Finanzielle Unterstützung ist durch das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft" zu erwarten. Es handelt sich hierbei um ein Sonderbudget, welches unter anderem Projekte für Schüler*innen, Weiterbildungen und Neueinstellungen von pädagogischen Mitarbeiter*innen impliziert.

Es wurde einiges an „schmutziger Wäsche" gesammelt und durchaus auch gereinigt; Transparenz hinsichtlich Dokumentation und Kontingente (für MD nach Schüler*innenzahlen), Einsatzplanung durch das Kultusministerium und das Ministerium für Soziales wartet noch auf Klärung.

Letztendlich konnte ein inhaltsschwerer Koffer gepackt werden mit vielen Anregungen und Aspekten, so dass die Kommission für die Erstellung der Handreichungen entsprechende Impulse und Ideen mitnehmen konnte.

Christiane Kruse und Antje Werkmeister

Foto: Adobe Stock © Markus Bormann

Foto: Tülin Taskin

Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen

Klausurtagung

Der erweiterte Vorstand der Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen (RHO) hat sich kurz vor Beginn der Sommerferien in Jeddingen getroffen, um künftige Vorhaben zu planen. Der Vorsitzende Uwe Riske konnte mit Heike Baldauf, Heike Grebe und Tülin Taskin drei neue Aktive im Team begrüßen.

Der erste Tag stand im Zeichen der Bestandsaufnahme. Bestens vorbereitet und moderiert von Sebastian Freudenberger wurde geklärt, wer welche Ressourcen mit- und einbringen kann und welche Aufgaben kurz- und mittelfristig anzugehen sind. Zentrale Arbeitsschwerpunkte der nächsten Monate sollen zunächst die Begleitung der Tarifverhandlungen sowie ein Ausbau spezieller Informationen für die Beschäftigten der drei Schulformen sein. Auch die verstärkte Zusammenarbeit mit den anderen schulischen Fachgruppen sowie eine Optimierung des Informationsaustausches werden angestrebt.

Am zweiten Tag bereiteten die Teilnehmenden die für den Herbst geplante Jahreshauptversammlung vor und befassten sich mit der Planung von Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Da fehlt doch wer!“. Denn eines ließ sich schon vor Abschluss der Einstellungsrunde deutlich erkennen: Auch im kommenden Schuljahr werden es wieder die RHO-Schulen sein, die sich durch eine besonders geringe Unterrichtsversorgung sowie nicht zu besetzende Stellen auszeichnen.

Cordula Mielke

Foto: Wolfgang Schnell

Kreisverband Hameln

Sommerfest 2021

Nach einjähriger „Corona-Zwangspause“ feierten die Mitglieder des Kreisverbandes Hameln der GEW endlich wieder ihr traditionelles Sommerfest 2021 in der „Tündernschen Warte“ an der Weser.

Wie in den Jahren zuvor begleitete die flotte Musik der Lehrerband „Youngtimers“ den Abend. Mit Klönen, Grillbüffet und Saftverköstigung in vielfältiger Form wurde das Sommerfest erneut zum jährlichen Höhepunkt für alle GEW-Mitglieder und Freunde des Kreisverbandes. Im Verlauf der Feier sammelte die Kreisvorsitzende Annette Hergaden für die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ eine stattliche Summe ein, um wieder Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, statt arbeiten zu müssen.

Erst nach Mitternacht verließen die letzten Gäste den lauschigen Platz am Wasser, nachdem sie den lokalen Zusammenhalt in unserer Bildungsgewerkschaft erneuert haben.

Wolfgang Schnell

Bezirksverband Lüneburg

Fachgruppe Seniorinnen und Senioren hat neuen Vorstand

Am 7. September 2021 haben sich nach fast zwei Jahren die Vorstandsmitglieder der Bezirksfachgruppe der Senioren*innen des Bezirkes Lüneburg in einer Präsenzveranstaltung getroffen. Leider hatten nur sechs von elf Kreisen Vertreter*innen entsandt, so dass nur eine knappe Mehrheit vertreten war.

Dieser Umstand wird besonders erwähnt, weil mit mehrfacher Aufforderung um Teilnahme gebeten wurde, da auch Neuwahlen anstanden. Da sich die Zusammensetzung in der Zwischenzeit verändert hatte, gab es eine längere Vorstellungsrunde mit Aufarbeitung des letzten Jahres. In den meisten Kreisen war wegen Corona nicht viel geschehen. Neben vielen Tagesordnungspunkten müssen zwei gravierende herausgegriffen werden:

1. Der scheidende 1. Vorsitzende, Jürgen Wagner, der über 25 Jahre lang die Fachgruppe geführt und gelenkt hatte, war von diesem Amt bereits durch die Aufgabe seines Postens im Heidekreis 2019 zurückgetreten. Wegen Corona konnte seine letzte geplante Bezirksveranstaltung – der Besuch der Rotenburger Werke – nicht mehr durchgeführt werden. Auch wegen Corona konnte bisher kein neuer Vorsitz gewählt werden, so dass er jetzt erst von der stellvertretenden Vorsitzenden verabschiedet werden konnte. Da beide sieben Jahre lang auch im Landesvorstand zusammengearbeitet hatten, fiel die Abschiedsrede sehr wohlwollend aus und wurde mit einer Flasche Wein und einem „passenden“ Buch abgeschlossen. Zur Krönung beschlossen die Anwesenden, Jürgen Wagner als Ehrenvorsitzenden im Vorstand behalten zu wollen.

2. Wahlen: Es fand sich im ersten Anlauf unter den Anwesenden niemand bereit, den Vorsitz zu übernehmen. So wurden im zweiten Wahlgang ein Team und eine nicht anwesende Einzelperson vorgeschlagen. Die Einzelperson erhielt eine Stimme, das Zweierteam erhielt bei einer Enthaltung den Rest aller Stimmen.
Ähnlich lief es bei der Stellvertretung. Auch hier fand sich kein Einzelner, sondern nur ein Team bereit, den Posten zu besetzen. Es wurde einstimmig gewählt.

Für die Schriftführung wurde beschlossen, diese in alphabetischer Reihenfolge wechselnd auf jeweils einen anwesenden Kreisvertreter*in zu übertragen.

Hier nun die neuen Senior*innenvertreter des Bezirkes Lüneburg:

Vorsitz:
Sigrid Salomo
(salomuhs@t-online.de) und
Wolfgang Geister
(w.geister@web.de), beide aus dem Kreis Uelzen

stellvertretender Vorsitz:
Ursula Bock und Birgit Tobias, beide aus dem Heidekreis

Pressewart:
Günther Justen-Stahl aus dem Kreis Rotenburg

Zum Schluss übernahm das neue Vorstandsteam die Planungen für kommende Bezirksveranstaltungen. Es wurden eine Reihe guter Vorschläge gemacht, einige mit Aussicht auf schnelle Durchführung im nächsten Jahr – wenn Corona nicht wieder eingreift.

JW

Fotos: privat

*Die neuen Senior*innenvertreter*innen des Bezirks Lüneburg (v.l.n.r.): Birgit Tobias, Sigrid Salomo, Uschi Bock und Wolfgang Geister.*

Nachhaltig, sozial, lokal

Projekt: Taschen aus der Nähwerkstatt „Unter einem Dach“

Die Nähwerkstatt „Unter einem Dach“ ermöglicht soziale Teilhabe, Ausbildung, Sprachbildung, Integration von migrierten sowie geflüchteten Frauen und gleichzeitig die nachhaltige Produktion von Taschen. 14 Frauen aus acht Nationen arbeiten und lernen „unter einem Dach“ in der Nordstadt in Hannover und produzieren hochwertige Taschen aus alten Planen und anderen Materialien, die upgecycelt werden. Die Nähwerkstatt produziert nachhaltig, sozial und lokal und schafft eine Alternative zur Müllproduktion, Fast Fashion und Auslandsproduktion durch die Wiederverwertung von alten Materialien vor Ort.

Die Frauen, die in der Nähwerkstatt arbeiten, haben hier die Chance, ihre Fähigkeiten im handwerklichen Bereich und ihre Kreativität einzusetzen, zu schulen oder auch auszubilden und so einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Viele haben auch in ihrem Herkunftsland in der Textilbranche gearbeitet. Trotzdem haben sie auf dem freien Arbeitsmarkt meist keine Chance. Mittlerweile ist aus der Nähwerkstatt das eigene Label maesh entstanden.

Im Hinterhof in der Lilienstraße 16 B sind die Autorinnen gleich Teil einer fröhlichen Gruppe Frauen, die im Hof in Grüppchen zusammenstehen und die verschiedene Sprachen sprechen. Sofort wird klar, dass die Werkstatt ganz offensichtlich nicht nur Arbeitsplatz, sondern auch Begegnungsstätte ist. Nach dem einstündigen Besuch ist offensichtlich, dass die Nähwerkstatt „Unter einem Dach“ sogar noch mehr ist: Sie hilft bei Behördengängen, bietet Sprach- und Nachhilfekurse, organisiert Kinderbetreuung, damit die Mütter am Nachmittag Zeit für Sprachkurse im Haus haben, bietet Raum für Begegnung, macht Integration möglich, bietet ein Netzwerk, unterstützt und macht einfach alles, was gebraucht wird. Dabei richten sich alle Angebote immer nach den individuellen Bedürfnissen der Personen, die hier nach Unterstützung suchen.

Wer Interesse an den Taschen und Produkten hat und Lust hat, das Projekt zu unterstützen, kann online unter **www.maesh.de** stöbern und natürlich auch bestellen. Man kann aber auch vorbeigehen: Lilienstraße 16 B (Hinterhof 2) in 30167 Hannover. An jedem dritten Donnerstag im Monat (zum Beispiel 18. November und 16. Dezember 2021) ist der Hof zwischen 17 und 20 Uhr zum „After Work Shopping“ geöffnet.

Julia Günther
und Isabel Rojas Castaneda

Nachhilfe gesucht!

Die Organisation „Unter einem Dach“ vermittelt zusätzlich – unabhängig von der Nähwerkstatt – Ausbildungsplätze an migrierte und geflüchtete Jugendliche und bietet auch diesen Unterstützung beim Lernen und Zurechtfinden im Leben in Deutschland. Wer Lust und Zeit hat, migrierte oder geflüchtete Menschen in Deutsch, Mathe oder anderen Fächern zu unterstützen, melde sich unter hello@unter-einem-dach.org bei Iyabo Kaczmarek.

Stiftung „Fair Childhood“ der GEW

Gemeinsam für eine Zukunft ohne Kinderarbeit

Zwar hat die Pandemie ihre Spuren auch in der Durchführung der gewerkschaftlichen Projekte zur Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen hinterlassen, aber in den meisten Projektgebieten blieben die Gewerkschaftskolleg*innen während der Schulschließungen keineswegs untätig.

Das zeigt die Bestandsaufnahme des Kollegen Sam Grumiau von der Bildungsinternationale in Brüssel, der für die Fair Childhood-Stiftung (FC) der GEW im kontinuierlichen Kontakt zu allen geförderten Projekten steht.

Wo fördert FC gegen Kinderarbeit?

In der Regel gibt FC eine über zwei bis drei Jahre gestaffelte Anschubfinanzierung für neu entstehende Projekte in Regionen, die die lokalen Gewerkschaften auswählen. In einigen Fällen sind diese Projekte so erfolgreich, dass sie in weiteren Regionen des Landes Nachahmung finden.

In Albanien gibt es seit Ende 2019 ein solches Folgeprojekt, das an zwei Schulen im Distrikt Korca schon im Juni 2021 erste Erfolge vermelden kann. 32 von 61 Schüler*innen sind bereits aus der Kinderarbeit in die Schule zurückgekehrt, von den 104 registrierten Dropout-Gefährdeten besuchen 84 die Schule wieder regelmäßig. 90 Lehrkräfte, Lernende, Eltern und Großeltern sind sehr aktiv an den Projektaktivitäten beteiligt und haben auch die Aufmerksamkeit der Medien und der Bildungsverantwortlichen in der Politik geweckt.

Nicaragua ist ein weiteres Beispiel, wo die von 2015 bis 2018 erfolgreich durchgeführten Projekte „Raus aus Kinderarbeit, in die Schule“ nach den politischen Unruhen von 2018/19 wieder aufgegriffen und fortgeführt werden, mitten in der Pandemie mit einem Dropout von 40 Prozent. Lehrer*innen, Lernende und Eltern stellten gemeinsam Schutzmasken und Desinfektionsgel für ihre Schulen her.

Neue Projekte in Indien und Afrika

Der Start des Projekts in zwei Kommunen des Haryana State nahe Delhi verzögerte sich wegen der mehr als 18 Monate dauernden Schulschließungen. Die lokale Gewerkschaft informierte politisch Verantwortliche der Region, schulte die Lehrkräfte, startete eine Untersuchung über die Zahl nicht eingeschulter Kinder und informierte mehr als 300 Eltern, Kinder und Schulleitungsmitglieder über Kinderarbeit und über die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen, um Kinder einfacher in die Schulen zu bringen.

Foto: Fair Childhood

Der große Demonstrationszug gegen Kinderarbeit im senegalesischen Bambilor erregte am 12. Juni öffentliche Aufmerksamkeit und wurde in mehreren Fernsehkanälen gezeigt.

In Westafrika unterstützt FC weiterhin Projekte in Mali und Burkina Faso und zwei neue in Togo und im Senegal. Am 12. Juni erregte ein großer Demonstrationszug gegen Kinderarbeit im senegalesischen Bambilor öffentliche Aufmerksamkeit und wurde in mehreren Fernsehkanälen gezeigt. Ebenfalls in diesem Jahr begann ein Projekt im ostafrikanischen Burundi in einem Gebiet mit hoher Kinderarbeitsrate. Von den etwa 7.000 schulpflichtigen Kindern dort waren nur 6.000 in der Schule angemeldet. Die anderen arbeiteten auf Reisfeldern, im Fischfang oder in Ziegeleien.
Die Gewerkschaft STEB entwickelte eigene Fortbildungsmaterialien zu Kinderarbeit und führte Schulungen für Multiplikator*innen und Lehrkräfte durch, die von drei Radiosendern verbreitet wurden. Zum Schuljahresbeginn waren dann 205 ehemalige Kinderarbeiter*innen in den Schulen angemeldet. Die Einrichtung von Schulclubs gegen Kinderarbeit und Straßentheater versprechen, diesen Trend zu verstärken.
In Uganda werden die seit 2015 erfolgreichen Projekte der UNATU in zwei kinderarbeitsfreien Gebieten fortgeführt, obwohl die Schulen seit März 2020 geschlossen sind und die Auswirkungen von COVID-19-Maßnahmen sich besonders drastisch zeigten in Gewalt, Drogenmissbrauch, Frühverheiratung und Schwangerschaft. Mit Radio-Talkshows auf lokalen Sendern, Community Drives (mit Lautsprecherwagen) und in der Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren konnte die Gewerkschaft die öffentliche Aufmerksamkeit auf Bildung und psychosoziale Vorsorge für die Jugendlichen lenken. Diesbezügliche Trainings für Lehrkräfte halfen vielen, die Lernenden bei all diesen Problemen besser zu begleiten.
Im Dowa-Distrikt (Malawi) richteten die Gewerkschaften TUM und PSEUM 2019/20 eine kinderarbeitsfreie Zone ein, die zehn Primarschulen umfasst. Bis zur Schulschließung wegen COVID konnten 285 Kinder aus Kinderarbeit in die Schulen geholt werden. In allen zehn Schulen wurden körperliche Bestrafungen abgeschafft und kinderfreundliche Pädagogik eingeführt sowie Kinderrechte in den Unterrichtsplan aufgenommen. Von März bis Oktober 2020 nahmen Kinderarbeit und Frühverheiratung wieder zu. Die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften waren auch hier Radiosendungen und Community Drives im Rahmen einer groß angelegten „Back to School“-Kampagne. In den kommenden zwei Jahren soll das Projekt ausgeweitet werden und weitere 15 Schulen umfassen.
ZIMTA und PTUZ in Simbabwe führen das erste Projekt in Chipinge/Manicaland selbständig weiter und starten gerade ein neues in Muzarabani/Mashonaland, wo Kinderarbeit beim Goldwaschen, in Landwirtschaft, Hausdiensten, Straßenverkauf und Grenzverkehr verbreitet ist und wo es mit die wenigsten Schulabschlüsse in Simbabwe gibt. Mit ähnlichen Mitteln wie in Uganda und Malawi versuchten die Gewerkschaften auch hier, die Zeit der Schulschließungen zu überbrücken und Kontakt zu Eltern und Kindern zu halten.

Es sind die Spenden von GEW-Mitgliedern an die Fair Childhood Stiftung, die den Gewerkschaften vor Ort Projekte gegen Kinderarbeit ermöglichen.

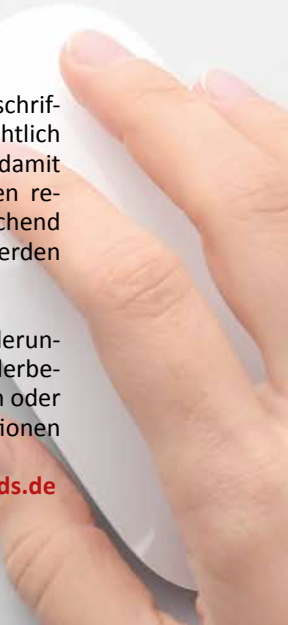
Bruni Römer

Wichtige Mitgliederdaten

Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Höhe des individuellen Gehalts beziehungsweise der individuellen Besoldung. Einzelheiten dazu finden sich in der aktuellen Beitragsordnung, die auf **www.gew-nds.de** im Bereich Mitgliederservice zum Download zur Verfügung steht. Dort gibt es auch einen Beitragsrechner und weitere Informationen.
Wenn Gehälter und Bezüge steigen, dann steigt auch der Beitrag im gleichen Verhältnis. Die entsprechende Veränderung beim Einzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt zeitlich parallel dazu. Der Beitrag kann von uns nur dann korrekt festgelegt werden, wenn wir rechtzeitig über Veränderungen (Ende des Referendariats, Veränderung der Teilzeit, Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, …) informiert werden. Eine schnelle Information der Mitgliederverwaltung ist auch deshalb von Bedeutung, weil wir zu viel bezahlte Beiträge rückwirkend maximal nur für das laufende und ein weiteres Quartal erstatten können.

Auch die Meldung neuer Anschriften und Veränderungen hinsichtlich der Dienststelle sind wichtig, damit Informationen und Einladungen regional passend und entsprechend der Fachgruppe zugeschickt werden können.

Bitte für das Anzeigen von Änderungen das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage nutzen oder die entsprechenden Informationen per Mail senden an:
mitgliederverwaltung@gew-nds.de



Romane, die Jugendlichen bei der Selbstreflexion und der Selbstfindung helfen können

Literatur als Lebenshilfe

Literatur als Lebenshilfe klingt ein wenig verstaubt. Sie beruht in der Tat in Europa auf der Grundlage einer langen Traditionslinie des sogenannten Entwicklungsromans. Um dessen beachtliche Zeitspanne anzudeuten, seien hier nur wenige Titel als Rahmen angeführt: Beginnend mit Parzival im 13. Jahrhundert, über den Wilhelm Meister (1795/96), bis hin zu Homo Faber (1957).

Immer funktionieren die Werke nach einem vergleichbaren Grundmuster: Die geistig-seelische Entwicklung ihrer Figuren vollzieht sich in der Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt. Während des Reifeprozesses verarbeiten diese ihre Erlebnisse und Erfahrungen und lassen sie in ihre Identitätsbildung einfließen.

Seit dem 19. Jahrhundert werden verstärkt entsprechende Romane ausdrücklich für jugendliche Leser*innen geschrieben. Und diese Entwicklung hält bis in die Gegenwart an, nun unter der Gattungsbezeichnung Coming of Age. Exemplarisch dafür stehen zwei aktuelle Titel aus Australien und den USA.

Dinge, die so nicht bleiben können

Der bekannte australische Jugendbuchautor Michael Gerard Bauer ist mit „Dinge, die so nicht bleiben können“ abermals ein grandioser Roman gelungen. Er beginnt mit einem rasanten Einstieg. Die schüchterne Hauptfigur Sebastian sitzt in einer Probevorlesung für Stadtplanung zufällig neben einem attraktiven Mädchen, das er für sich als PWW (= perfektes weibliches Wesen) bezeichnet, das er anschmachtet, das sich von ihm dann einen Kuli ausleiht und von dem er hofft, dass sie sich ebenfalls anschließend den Filmklassiker „Casablanca“ im Studentenkino ansehen wird. Dort wartet er im Foyer lange vergeblich auf sie. Schließlich kommt: „Viel Weiß. Das ist mein erster Eindruck von dem neuen Mädchen. Dem falschen Mädchen. Sie erinnert mich ein bisschen an die Hauptfigur in ‚Die Eiskönigin‘.“

Als Sebastian ihr frustriert seine bereits gelöste Kinokarte schenken will, entwickelt sich eine kuriose Situation: „Sie mustert mein Gesicht wie ein durchgeknallter Hellseher... Ja, weißt du, was ich denke?, sagt sie endlich. Ich denke, dass du mit jemand zusammen gehen wolltest oder das vielleicht gehofft hast, aber dieser Jemand ist nicht aufgetaucht und jetzt bist du angepisst und willst deine Karte loswerden“, womit sie natürlich den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Wenig später trifft doch noch das „PWW-Wesen“ im Foyer ein, allerdings mit ihrem Freund, und die Eiskönigin gibt sich ihr gegenüber als Sebastians Freundin aus mit einer Lügengeschichte, die für die Leser*innen zum Schmunzeln und für PWW rundum zum Staunen ist! In diesem Stil entwickelt sich das Geschehen permanent und ohne Ermüdungserscheinungen weiter, weil immer neue spritzige Situationen, wundersame Szenen und irrwitzige Konstellationen präsentiert werden.

Der besondere Schreibstil des Romans unterstützt dies auf ideale Weise. Es handelt sich vereinfacht gesagt um permanente Dialoge, vor allem zwischen Sebastian und Frida, wie sich die Eiskönigin ihm gegenüber vorstellt, was natürlich auch nicht stimmt, sondern in seiner Entschlüsselung dem Handlungsverlauf eine neue dramatische Wendung gibt. Dadurch ist immer Dynamik, Authentizität und mehrschichtige Sichtweise der Vorgänge garantiert, was den Lesefluss zum einen kräftig vorantreibt und zum anderen eine differenzierte Rezeption der Ereignisse ermöglicht. Nicht zuletzt fördert die souveräne Übersetzungsleistung von Ute Mihr dieses kurzweilige Lesevergnügen. Genau genommen erweist sich der ganze Roman als eine spritzige Dauerimprovisationsübung, bei der in genialer Konstruktion noch die kleinsten Motive subtil aufeinander abgestimmt sind.

Auch die Personenkonstellation trägt ihren Teil bei zu der unterhaltsamen wie tiefgründigen Lektüre. Der recht schüchterne und sich zunächst spröde zeigende Sebastian taut gegenüber der witzigen und schlagfertigen Frida zunehmend auf. Er erzählt ihr schließlich von seinem Trauma, dass er einen älteren Bruder hatte, der ins Drogenmilieu abrutschte und tödlich verunglückte. Und durch eine besonders pfiffige Konstruktion erfährt man von der noch viel tragischeren Kindheit und Jugend Fridas.

Die Jugendlichen dieses Romans sind also nicht nur auf der Suche nach einem zukünftigen Studienfach, sondern auf der Suche nach sich selbst, arbeiten dabei ihre Traumata auf und entwickeln zarte Liebesbeziehungen, alles geschieht komprimiert im Verlauf eines Tages. In diesem Kontext erhält auch der sperrig wirkende Titel seinen tieferen Sinn. Er stammt aus einem Lieblingsfilm der Protagonisten, den sie als aktivierendes Motto für die Bewältigung ihrer Lebenswege auserkoren haben! Der Autor liefert somit eine geniale Coming of Age-Geschichte.

Die Lektüre wird auch Wenig-Leser beiderlei Geschlechts durch ihren Humor und ihren flotten Stil begeistern und kann Tipps für eine sinnvolle Lebensgestaltung vermitteln.

Sara auf der Suche nach Normal

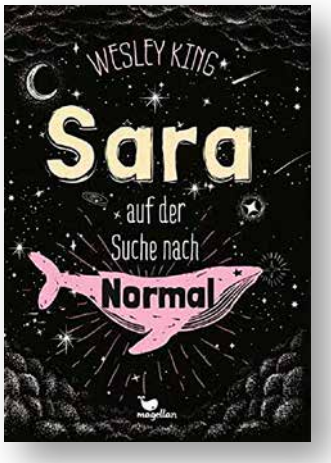
Im Zentrum des Adoleszenzromans steht als Ich-Erzählerin die 12-jährige Sara. Aus ihrer Perspektive wird der anrührende Selbstfindungsprozess beschrieben, den die Protagonistin auf ihrer Suche nach Normalität durchläuft. Als Vorspiel wird an eine sechs Jahre zurückliegende Panikattacke erinnert, die Sara befallen hat. Seitdem befindet sie sich in der Behandlung eines Kinderpsychiaters, der bei ihr folgende Probleme konstatiert: 1. Bipolare Störungen, 2. Generalisierte Angststörung, 3. Leichte Schizophrenie, 4. Depression.

Mit einem Zeitsprung setzt die eigent-

liche Handlung ein: Sara ist nunmehr zwölf Jahre alt und besucht die siebte Klasse einer „normalen“ Schule. Trotz medikamentöser und begleitender psychiatrischer Behandlung hat sich an Saras Befindlichkeit noch nichts Wesentliches geändert. Ihre sozialen und sprachlichen Kontakte hat sie auf ein Minimum reduziert. Sie kommuniziert lediglich mit vier Menschen: mit der Mutter manchmal, mit dem Vater immer, mit der ihr persönlich zugeteilten Lehrerin manchmal und mit dem Psychiater ebenfalls manchmal. Der Sonderunterricht bei Ms. Hugger erfolgt in der „Beklopptenbox“, wie Sara ihren separaten Raum bezeichnet. Vom Klassenverband wurde sie wegen ihres Ausrastens ausgeschlossen. Die Zahl ihrer Gesprächspartner erhöht sich auf fünf, als Sara auch an einer Gruppentherapie teilnimmt. Hier trifft sie auf die 13-jährige Erin, die fast ununterbrochen redet, so auch zu Sara. Sie freunden sich an, und durch Erin erlebt sie wieder erste soziale Kontakte. Diese schickt ihr nämlich eine Vielzahl von Textnachrichten aufs Handy, überredet sie zu einem Kinobesuch und lädt sie zu einer Familienfeier ein. Durch Erin, die auch ein psychisches Problem hat (Trichtillomanie = sich Wimpern und Augenbrauen ausreißen!) ändert sich Saras Normalisierungsprojekt. Erin meint nämlich, sie beide seien Sternenkinder, also besondere Kinder. Saras Ziel ist es jetzt nicht mehr, völlig anders und erst dadurch normal zu werden. Stattdessen bemüht sie sich, daran zu arbeiten, die beste Version von sich selbst zu werden. Das empfiehlt ihr auch ausdrücklich ihr Psychiater. Sie untersucht und überdenkt ihre Beziehung zu sich selbst, gelangt auf diese Weise zu einer stabilisierten Identität und zu einer gewissen Selbstakzeptanz.

Dieses komplexe Geschehen wird vom kanadischen Erfolgsautor Wesley King bildreich beschrieben, hier ein Beispiel: „Gefühle sind wie die Flut, sie steigen und steigen. Normale Menschen bauen Wälle und Wellenbrecher, ich werde von der Flut weggespült.“ Oder vor Saras Panikattacken: „Der Druck auf die Brust wurde immer stärker. Kopfschmerzen. Glühende Haut. Flacher Atem. Am liebsten hätte ich geweint.“

Durch viel wörtliche Rede, auch oft in Form innerer Monologe, sind die komplizierten psychischen Abläufe flüssig zu lesen. Dazu trägt auch die souveräne Übersetzungsleistung von Claudia Max bei. Zudem sind durch die grafische Gestaltung, wie Normaldruck, Fettdruck und Kursivdruck klare visuelle Strukturen vorgegeben.



In einer Zeit zunehmender psychischer Probleme bei Jugendlichen kommt dieser Roman gerade richtig. Er kann sowohl als ein erster Schritt der Selbsttherapie dienen wie zur anspruchsvollen Klassenlektüre in Deutsch, Politik oder Werte und Normen eingesetzt werden.

Karsten Siegel
AJuM Niedersachsen

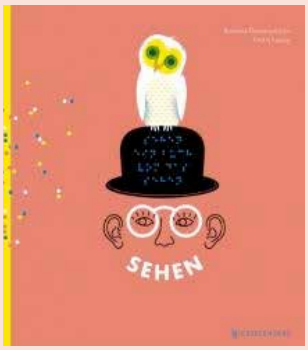
Literaturangaben

Bauer, Michael Gerard: Dinge, die so nicht bleiben können, Originalsprache Englisch; übersetzt von Ute Mihr, Verlag Hanser, 2021, ISBN: 978-3-446-26801-2, 222 Seiten, 15,00 Euro, ab 14 Jahre

King, Wesley: Sara auf der Suche nach Normal, Originalsprache Englisch; übersetzt von Claudia Max, Verlag Magellan, 2021, ISBN: 978- 3-7348-4730-1, 270 Seiten, 16,00 Euro, ab 14

LesePeter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM)

Im November 2021 erhält den LesePeter das Sachbuch:



Romana Romanyschyn
und Andrij Lessiw
Sehen
ISBN 978-3-8369-6050-2
Gerstenberg, Hildesheim 2021
56 Seiten – 20 Euro
ab 8 Jahren

Der Sehsinn ist der wichtigste Sinn des Menschen. Seine Leistungen bringen selbst Experten noch zum Staunen. Ein sehr komplexes und spannendes Thema wird aus ganz verschieden Blickwinkeln bearbeitet, so dass Leser*innen ein umfassendes Bild zu diesem Sinnesorgan erhalten. Interessante Sachtexte und stilisierte Bilder werden mit philosophischen Fragen und Gedanken verknüpft. So entsteht ein Buch, das neue Perspektiven schafft und zum Gedankenaustausch einlädt.

Die ausführlichen Rezensionen (mit pädagogischen Hinweisen) sind im Internet unter **www.ajum.de** (LesePeter) abrufbar.

Rezension

True Facts – Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft

Mit Verschwörungstheorien konfrontiert zu werden, zumal im eigenen Freundes- oder Bekanntenkreis, kann schnell dazu führen, sich überfordert zu fühlen. Argumente helfen nicht weiter, das Weltbild des Gegenübers ist unerschütterlich und geschlossen. Wissenschaftlichen Studien und Faktenchecks wird misstraut, die Gespräche eskalieren, ohne dass sachliche Darlegungen weiterhelfen.

Was tun, wenn im Freundes- oder Familienkreis plötzlich jemand an eine große Verschwörung glaubt? Welche Gesprächsstrategien helfen weiter? Und warum ist die emotionale Ebene manchmal wichtiger als Fakten?

Nocun und Lamberty stellen in ihrem Buch die wichtigsten Tipps und Kniffe zum Umgang mit Verschwörungserzählungen vor, ohne ein Wundermittel zu versprechen oder einen einfachen Zehn-Punkte-Plan anzubieten, um Verschwörungsgläubige aus ihrem Weltbild herauszuholen. Die beiden Autorinnen setzen auf Erkenntnisse aus Wissenschaft und Beratungspraxis, die dabei helfen können, einen besseren Umgang damit zu finden. Sie räumen auch ein: „Selten ist es einfach, häufig kompliziert und äußerst mühsam. Und manchmal wird man auch schlichtweg aufgeben müssen.“ Wichtig sei es, durchschauen zu können, an welche psychologischen Grundbedürfnisse Verschwörungserzählungen beim anderen andocken, dann könne man auch effektiv Gegenstrategien entwickeln. Die gängigsten Muster von Verschwörungsgläubigen zu kennen, bedeute einen wirkungsvollen Selbstschutz, nicht auf die angewandten Tricks hereinzufallen.

Katharina Nocun und Pia Lamberty legen die drei grundlegenden Bedürfnisse dar, die der Glaube an Verschwörungen befriedigen kann: Existenzielle Motive, die dem Wunsch nach Sicherheit und Kontrolle entsprechen, epistemische Motive, die dem Bedürfnis nachkommen, die Welt um sich herum besser zu verstehen, und soziale Motive, die sich darauf beziehen, als Person oder Gruppe positiv wahrgenommen werden zu wollen.

Auch Menschen mit starkem Narzissmus hängen Verschwörungen stärker an. Sie glauben von sich selbst, grandios zu sein, haben aber gleichzeitig das Gefühl, dass diese Großartigkeit von anderen nicht hoch genug geschätzt wird. Beim kollektiven Narzissmus beziehen sich diese Gefühle auf die Gruppe, der man sich zugehörig fühlt – das Land, der Verein oder eben die verschwörungstheoretisch geprägte Gruppe, die von ihren Mitgliedern mit einem ausgeprägten Narzissmus als außergewöhnlich eingeschätzt wird, nur von Außenstehenden würde dieser Umstand, „mehr Durchblick zu haben als andere“, beispielsweise in Sachen Pandemie, nicht ausreichend anerkannt. So werde das Gefühl entwickelt, die eigene Gruppe sei einer ständigen Bedrohung ausgesetzt, da der Rest der Gesellschaft bösartig sei.

Katharina Nocun/Pia Lamberty
True Facts – was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft
Quadriga Verlag Berlin 2021, 174 Seiten, 12,00 Euro, ISBN 978-3-86995-114-0

Nocun und Lamberty entlarven auch die bei Verschwörungsgläubigen beliebte Technik des Verpackens drastischer Unterstellungen in Frageform. Es ist das Verschleiern der Sachlage, dass schlichtweg die Beweise für die jeweilige Behauptung fehlen. Der „Fragesteller“ zieht sich auf die bequeme Position zurück, keine Antworten liefern zu müssen. Er fordere ja nur „Aufklärung“. Auf diese Weise ließen sich Gerüchte und Unwahrheiten sehr effektiv verbreiten (eine Methode, die sich auch bei einem bestimmten Boulevardmedium großer Beliebtheit erfreut).

Am Beispiel der in den USA entstandenen Qanon-Bewegung, die auch in Deutschland unter Verschwörungsgläubigen Verbreitung findet, zeigen Nocun und Lamberty: Man wähnt sich im Kampf gegen ein historisches Unrecht, und die Erlösung ist stets zum Greifen nahe. Die zugrunde liegende Verschwörungserzählung kann inhaltlich kompliziert sein, doch auf der emotionalen Ebene findet eine starke Vereinfachung statt, so dass damit eine große Anziehungskraft ausgeübt wird. Einfache und stark überzeichnete Feindbilder lassen keinen Raum mehr für Zwischentöne, die Weltsicht ist vom Schwarz-Weiß-Denken geprägt.

Viele Verschwörungsideologen vermitteln das Bild einer Welt, die stets am Abgrund steht, seien es der „Untergang des Abendlandes“ oder die „Öko-Diktatur“. So werde eine große Aufmerksamkeit erzeugt.

„Hauptsache, gegen den Strom“, so lautet ein anderes gängiges verschwörungstheoretisches Muster. Mit dem Glauben an die große Verschwörung könne man sich über andere erheben und besonders fühlen, da man einer elitären Gemeinschaft angehöre, die über besonderes Wissen verfügt („Corona ist ein Schwindel“, aber auch „Corona ist menschengemacht“).

Als Hilfe liefern Nocun und Lamberty Tipps zur Gesprächsführung, zum Beispiel: Widersprechen und zugleich Gesprächsbereitschaft signalisieren, herausfinden, warum der andere das glaubt, Gespräche deeskalieren, Quellen hinterfragen, Bekehrungsversuche eindämmen.

Fazit: Ein gerade in diesen Zeiten wichtiges, weil aufklärerisches und hilfreiches Buch.

Dietmar Buchholz

Rezension

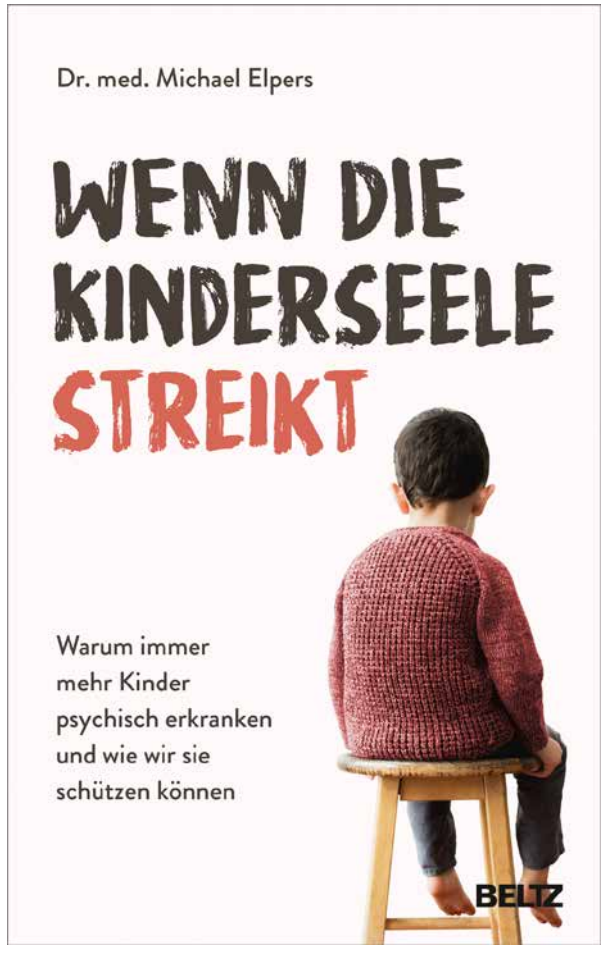
Streikende Kinderseelen

Dieses Buch war dringend notwendig! Nicht wegen Corona – Kinder- und Jugendpsychiater Michael Elpers hatte es schon vor der Pandemie konzipiert. Im Nachwort begründet er: „Meine Motivation resultiert vielmehr daraus, dass in den letzten Jahren immer mehr Familien unsere Praxis aufgesucht haben.

Hinzu kommt, dass sich der Schweregrad vieler Erkrankungen verstärkt hat“. Als Praktiker mit mehr als 25 Jahren Berufserfahrung will der Autor also unabhängig von der Pandemie seine Einsichten an Eltern sowie Betreuungs- und Erziehungsprofis weitergeben – und das gelingt ihm hervorragend.

In sieben Kapiteln breitet er die ganze Fülle der seelischen Probleme von Kindern und Jugendlichen aus: von AD(H)S, Autismus und Depression über Mobbing und Leistungsdruck bis zur stark gestiegenen Spielsucht und dem Risikofaktor „soziale Medien“. In der Praxis, die er gemeinsam mit zwei Kolleginnen führt, suchen jährlich rund 4.000 Familien Rat und Hilfe. Rund ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland hat psychische Probleme – vor rund 20 Jahren war es noch ein Fünftel. Und aktuell hat die Corona-Pandemie zu einer weiteren Steigerung dieser Quote beigetragen.

Diese gravierende Steigerung liegt an den gesellschaftlichen Quellen für psychische Erkrankungen: instabile Familienstrukturen, konfliktreiche Trennungen oder Suchterkrankungen der Eltern, schulischer Leistungsdruck, soziale Ausgrenzung und Mobbing, übermäßiger Handy- und Medienkonsum. Daneben gibt es „natürlich“ organische Ursachen und Erbfaktoren, die seelische Erkrankungen auslösen. Wie Michael Elpers das alles beschreibt, ist ganz konkret. An seinen Fallbeispielen kann man sich nicht nur Auffälligkeiten wie beispielsweise Tic-Störungen oder Autismus sehr gut vorstellen, sondern versteht auch, warum und in welcher Weise derartige Probleme die schulische Unterrichtssituation beeinflussen. So wächst das Verständnis bei Leserinnen und Lesern für die Belastung von Schulklassen und die enormen Anforderungen an ihre Lehrkräfte.



Dr. med. Michael Elpers: Wenn die Kinderseele streikt. Warum immer mehr Kinder psychisch erkranken und wie wir sie schützen können, Weinheim (Beltz) 2021, 278 Seiten, 20 Euro

Michael Elpers gelingt es dank seiner klaren, auch für Laien verständlichen Sprache, komplexe Sachverhalte wie die Arbeitsweise der Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie oder aktuelles neurobiologisches Grundwissen anschaulich zu vermitteln. Reaktionen wie ein „Ach so ist das!“ oder „Endlich begreife ich, warum …“ werden häufig die Lektüre begleiten. Und Eltern werden erleichtert sein, in einem der immer wieder in den Text eingestreuten Kästen zu lesen: „Die Annahme, dass psychische Erkrankungen zum allergrößten Teil auf mangelnder oder falscher Erziehung beruhen, trifft nicht zu“. Und ein paar Zeilen weiter: „Was aber zutrifft: Unser Erziehungsverhalten hat sehr wohl einen Einfluss auf den Verlauf einer psychischen Erkrankung“. Derartige Zusammenhänge werden so konkret und anschaulich erläutert, dass Jede und Jeder sie versteht. Nur selten gelingt es Fachautoren, wissenschaftliche Sachverhalte derart gut verständlich und dennoch differenziert aufzubereiten wie in diesem Buch. Es ist nicht nur informativ, sondern auch sehr hilfreich und leicht lesbar – ein Bestseller in spe.

Detlef Träbert

Aktuelles aus der Personalratsarbeit

Aus den Personalräten

Covid-19 als Berufskrankheit oder Arbeitsunfall

Unter bestimmten Voraussetzungen kann eine Covid-19-Erkrankung als Berufskrankheit oder Arbeitsunfall anerkannt werden. Bis Juni 2021 wurden von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung mit 80 Prozent über knapp 117.000 Anzeigen positiv entschieden; 27.800 davon als Arbeitsunfall. Die Quote der Anerkennung ist im Vergleich zu anderen Berufskrankheiten mit Werten aus Vorjahren zwischen 45 und 48 Prozent erstaunlich hoch. Näheres dazu unter:
www.dguv.de/de/mediencenter/hintergrund/corona_arbeitsunfall
und
www.test.de/Gesetzliche-Unfallversicherung-Corona-als-Arbeitsunfall-oder-Berufskrankheit-5760933-0

Niedersachsen sucht Lehrkräfte in der Sozialpädagogik

Lehrkräfte der Fachrichtung Sozialpädagogik werden an den berufsbildenden Schulen dringend gebraucht, um den gestiegenen Ausbildungsbedarf an Erzieher*innen abdecken zu können. Zwar wurden an den Universitätsstandorten Osnabrück und Lüneburg die Studienkapazitäten erhöht, der hohe Bedarf erfordert aber weitere Maßnahmen.
Das Kultusministerium bietet deshalb auch Quereinsteigenden mit Bachelorgraden oder Fachhochschuldiplomen berufsbegleitende Qualifizierungsangebote für diese Lehramtstätigkeit, die nach Absolvieren des Vorbereitungsdienstes und der abschließenden Staatsprüfung eine Gleichstellung als Lehrkraft ermöglichen sollen. (Pressemitteilung des MK vom 21. September 2021.)

Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung

Die am 1. August 2021 in Kraft getretene geänderte Verordnung sowie die Ergänzenden Bestimmungen legen fest, dass die Sitzung der Förderkommission künftig nur noch auf Verlangen der Erziehungsberechtigten durchzuführen ist. Zugleich wird aber die Beratung von Erziehungsberechtigten und Schüler*innen als wichtiger Baustein des Verfahrens betont.
Außerdem entfällt die erneute Durchführung eines Feststellungsverfahrens bei Schul- oder Schulformwechsel. Auch für Schüler*innen, die aus anderen Bundesländern zuziehen, ist keine erneute Durchführung eines Feststellungsverfahrens erforderlich.
Im Förderschwerpunkt Lernen sind Feststellungsverfahren frühestens ab der zweiten Klasse möglich; die Durchführung von Feststellungsverfahren erfolgt längstens bis zum 7. Schuljahrgang. Nach Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist das Verfahren zur Aufhebung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung nicht erforderlich. (Siehe auch SVBl. 9/2021, Seite 488ff)

Keine weiteren Stellen für pädagogische Fachkräfte

Auf Anfrage der FDP teilte das Kultusministerium mit, dass im Jahr 2022 keine Haushaltsmittel für einen weiteren Ausbau an sozialpädagogischen Fachkräften für schulische Sozialarbeit vorgesehen sind. Im Jahr 2017 standen 1.104 Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung, in den Folgejahren wurden bis 2021 weitere 602 Beschäftigungsmöglichkeiten, vorrangig für Grundschulen und Gymnasien, geschaffen. Die im Rahmen des Aktionsprogramms „Startklar in die Zukunft“ zusätzlich zur Verfügung stehenden 142 Stellen sind hier nicht berücksichtigt, sie sind befristet und werden nicht als Vollzeitstellen ausgeschrieben.Im Jahr 2017 standen insgesamt 1.136 Vollzeiteinheiten (VZE) für pädagogische und therapeutische Fachkräfte zur Verfügung. Zwischen 2017 und 2020 wurden 180 unbefristete und 125 zunächst befristete Stellen für pädagogische Fachkräfte an Förderschulen und im Rahmen der Inklusion ausgeschrieben. Für das Haushaltsjahr 2021 stehen keine Stellenkontingente zur Verfügung und auch für den Doppelhaushalt 2022/2023 sind bisher keine zusätzlichen Stellen für entsprechende pädagogische Fachkräfte vorgesehen. (LT-DS 18/9803)

Eingruppierung von Schulassistent*innen

Die Eingruppierung tarifbeschäftigter Schulassistent*innen als Bedienstete des Landes erfolgt nach den Vorgaben des TV-L und anhand der Qualifikation auf Grundlage der dem jeweiligen Arbeitsplatz zugrundeliegenden Arbeitsplatzbewerten beziehungsweise der konkret ausgeübten Tätigkeit. Damit kann es bei gleichlautender Berufsbezeichnung zu einer abweichenden tarifvertraglichen Eingruppierung kommen, die anhand individueller Merkmale erfolgt. Aufgrund der Tätigkeiten ist eine Eingruppierung bis zur Entgeltgruppe 6 TV-L möglich. Tätigkeiten, die zum Aufgabenbereich des Schulträgers gehören, dürfen nur wahrgenommen werden, wenn sie bei der Durchführung nicht von den Landesaufgaben zu trennen sind. (LT-DS 18/9857)

AbS: Schulstart 2021/22

Im aktuellen Schuljahr werden im allgemein bildenden Bereich rund 800.000 Schüler*innen beschult, in den berufsbildenden Schulen circa 250.00 Schüler*innen und Auszubildende. Die Zahl der Erstklässler*innen stieg von 74.777 im letzten Jahr auf 76.700. Seit 2004 ist die Zahl der Schüler*innen somit um fast 105.000 gesunken.

Die Übergangsquote an die Gymnasien ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozent auf 42,1 Prozent gesunken; die an eine IGS um 0,2 Prozent auf 16,8 Prozent gestiegen. Konstante Übergangsquoten verzeichneten Real- und Oberschulen.

Unter den knapp 1.600 neu eingestellten Kolleg*innen wurden rund fünf Prozent (83) Quereinsteigende eingestellt. An Grundschulen konnten fast alle Stellen besetzt werden, besonders große Lücken blieben regional im Bereich der Haupt-, Real- und Oberschulen.

Zumindest zum Schuljahresbeginn wurden die Abordnungsstunden weiter reduziert, sodass zum 31. August 2021 insgesamt 1.012 Lehrkräfte mit rund 10.730 Stunden abgeordnet wurden.

Der Anteil der allgemein bildenden Schulen mit Ganztagsangebot stieg um 31 Schulen auf 1.860. Damit bieten 72 Prozent der Schulen ein Ganztagsangebot, die überwiegende Zahl jedoch nur ein offenes oder teilgebundenes. Die Ausgaben für die Ganztagsbeschulung belaufen sich zwischenzeitlich auf rund 316 Millionen Euro pro Jahr.

Zumindest zu Schuljahresbeginn ging Kultusminister Tonne in seiner Prognose von einer Unterrichtsversorgung von 99 Prozent aus. Ob sich diese Erwartung bestätigt, werden die Daten der Statistikerhebung zeigen. Weitere detaillierte Daten sind in der Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 1. September 2021 zu finden.

BBS: Schulstart 2021/22

Die Schüler*innenzahl des berufsbildenden Bereichs ist im letzten Schuljahr um 7.150 Lernende zurückgegangen und lag damit deutlich über dem prognostisch erwarteten Rückgang. Das Kultusministerium vermutet Zusammenhänge mit Coronabedingt fehlenden Praktika und der Umstellung von G 8 auf G 9.

Die Unterrichtsversorgung lag im Schuljahr 2020/21 bei 92,3 Prozent (Theorie 92,5 Prozent, Fachpraxis 91,4 Prozent). Seit der Umstellung von einer dezentralen zu einer koordinierten Stellenbewirtschaftung durch die Landesschulbehörde beziehungsweise das RLSB im Jahr 2014 konnten die Einstellungsergebnisse deutlich von im Schnitt 293 auf 503 Einstellungen verbessert werden. Allen Lehrkräften, die in Niedersachsen ihre Staatsprüfung abgelegt haben, konnte ein Einstellungsangebot gemacht werden. (Pressemitteilung des MK vom 31. August 2021)

Erstattung von Mietwagenkosten

§ 3 Abs. 2 der Niedersächsischen Reisekostenverordnung (NRKVO) eröffnet die Möglichkeit der Erstattung von Kosten für einen Mietwagen der unteren Mittelklasse (auch Teil- oder Carsharing-Fahrzeuge), wenn dieser aus dienstlichen oder zwingenden persönlichen Gründen genutzt werden muss, zum Beispiel auch im Rahmen einer Abordnung an eine andere Schule. Die Erstattung umfasst die Mietwagenkosten sowie die Tankkosten, nicht jedoch zusätzliche kostenpflichtige Leistungen wie zum Beispiel für ein Navigationsgerät. Zu berücksichtigen ist auch Ziffer 3.2 der Verwaltungsvorschriften zur NRKVO. Mit der Dienststelle sollte im Vorfeld geklärt werden, ob und wie viele Angebote vorab einzuholen sind.

Kein Anspruch auf Neuausstellung von Zeugnissen

Das OVG Lüneburg hat mit Beschluss vom 27. April 2021 (5 LB 111/19) den Anspruch einer Lehrerin auf Neuausstellung ihres Zeugnisses über die Zweite Staatsprüfung und der Ernennungsurkunde zur Lehrerin nach einer Geschlechtsumwandlung verneint. Das Gericht sah weder einen Anspruch nach dem Transsexuellengesetz noch einen Fürsorgeanspruch gegeben und verwies auf die Notwendigkeit der Vollständigkeit und Richtigkeit der Personalakte.

Bildungsnotizen

Ländervereinbarung der KMK

Die Kultusministerkonferenz (KMK) verfolgt mit der Ländervereinbarung vom 15. Oktober 2020 nach eigenen Angaben das Ziel, einen gemeinsamen Rahmen für das Schulwesen in Deutschland zu bestimmen. Dafür soll bis 2022 die „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge“ grundlegend überarbeitet werden. Getroffen werden sollen unter anderem auch verbindliche Festlegungen zur Gliederung des Sekundarbereichs I, zur klaren Kategorisierung der Schularten mit einem oder mehreren Bildungsgängen, zur Fachleistungsdifferenzierung in den Schularten mit mehreren Bildungsgängen und zu den Anforderungen für den Erwerb von Schulabschlüssen und Berechtigungen. Geprüft werden soll zwecks Transparenz und Akzeptanz auch die Möglichkeit einer einheitlicheren Namensgebung für die Schularten.

Besonders im Blick zu behalten ist der in den „Politischen Vorhaben zur Länderverordnung …“ ausgeführte

Auftrag, den Umfang der zugelassenen Ausnahmen von der äußeren Fachleistungsdifferenzierung zu klären, denn eine entsprechende Veränderung könnte das Aus für länderspezifische Regelungen der klasseninternen Differenzierung im jahrgangsbezogenen Unterricht wie an Gesamt- und Oberschulen zur Folge haben. Näheres dazu unter: **www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Politische-Vorhaben-LV.pdf**

Bildungsportal Niedersachsen

Das Bildungsportal Niedersachsen (**www.bildungsportal-niedersachsen.de**) hat sein Angebot deutlich erweitert und bietet vielfältige Themen und Inhalte zur aktuellen Pandemie-Situation und zum Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft".

Juniorwahl 2021

Rund 200.000 niedersächsische Schüler*innen von 558 Schulen haben in diesem Jahr an der Juniorwahl in der Vorwoche der Bundestagswahl teilgenommen. Die Wahlsimulation, die sich seit 1999 als demokratiefördernde Maßnahme etabliert hat, wurde vom MK mit rund 65.000 Euro unterstützt. (Pressemitteilung des MK vom 19. September 2021)

„Niedersachsen lernt Schwimmen"

Aufgrund der pandemiebedingten Schließung von Schwimmbädern ist es nicht gelungen, sicherzustellen, dass jede/r Grundschüler*in am Ende der Grundschulzeit schwimmen kann. Da die Landesregierung der Schwimmfähigkeit eine sehr hohe Bedeutung beimisst, wurde im Rahmen des Aktionsprogramms „Startklar in die Zukunft" nun gemeinsam von Kultusministerium und Landessportbund, DLRG, dem Landesschwimmverband und den Schwimmsportvereinen ein Nachholprogramm gestartet. Für außerschulische Schwimmkurse stehen bis Ende 2022 insgesamt bis zu fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Das Projekt „Niedersachsen lernt Schwimmen" bietet zudem zwischen dem 1. Juli 2021 und dem 30. Juni 2023 Schwimmkurse außerhalb des Schulunterrichts an. Hierfür werden Finanzmittel in Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung stehen. (LT-DS 18/9819)

Acht Millionen Euro für „Lernräume"

Seit 2020 haben etwa 30.000 Schüler*innen die rund 1.800 Angebote genutzt und nun geht das sogenannte Ferien-Förderprogramm „LernRäume" in die Verlängerung. Mit 8,2 Millionen Euro können im Rahmen des Aktionsprogramms „Startklar in die Zukunft" bis zu den Herbstferien 2021 Projekte von Betreuungs-, Freizeit- und Bildungsangeboten gefördert werden. Zuwendungsempfänger können beispielsweise Vereine, gemeinnützige Institutionen, Kirchen, außerschulische Lernorte, Jugendherbergen sein. Der Zuschuss beträgt maximal 50.000 Euro und kann bis zu 100 Prozent der Ausgaben für Personal, Sachkosten und Honorare abdecken. Zur Durchführung sind geeignete qualifizierte Mitarbeiter*innen einzusetzen. Der Zuwendungsempfänger hat sicherzustellen, dass das Kindswohl im Rahmen des Projekts jederzeit gewährleistet ist. Nachweise, wie zum Beispiel ein erweitertes Führungszeugnis, sind auf Verlangen der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Als Bewilligungsbehörde fungieren die RLSB. Die Förderrichtlinie ist am 29. September 2021 im Niedersächsischen Ministerialblatt 39/2021 veröffentlicht worden.

Modellprojekt für nachhaltige Schulentwicklung

Im September sind 65 „Zukunftsschulen" an den Start gegangen, die im Rahmen eines Modellprojekts des Kultusministeriums (MK) nachhaltige Schulentwicklung erproben sollen. Minister Tonne sieht mit diesem Projekt einen bildungspolitischen Rahmen und pädagogische Freiräume geschaffen, in dem sich die teilnehmenden Schulen aller Schulformen innovativ entwickeln können und aus Visionen Wirklichkeit werden lassen. Die Schulen haben sich im Vorfeld mit konkreten Modellvorhaben beworben, auf deren Grundlage die Auswahl durch das MK erfolgte. Zudem mussten sie neben den erforderlichen Beschlüssen von Gesamtkonferenz und Schulvorstand ihre Bereitschaft erklären, fünf Jahre an dem Modellprojekt mitzuwirken. Vorgesehen ist neben einer wissenschaftlichen Evaluation und Begleitung auch, dass die Schulen mit außerschulischen Initiativen kooperieren. Die Liste der teilnehmenden Schulen ist in der Pressemitteilung des MK vom 24. September 2021 zu finden: **www.mk.niedersachsen.de**

Digitale Demokratie-Rallye

Das Kultusministerium und die Landeszentrale für politische Bildung haben anlässlich des Jubiläums „75 Jahre Demokratie in Niedersachsen" eine digitale Demokratie-Rallye entwickelt. Schüler*innen sollen damit innovativ und zeitgemäß Demokratiebildung an sechs authentischen Orten der Landeshauptstadt Hannover erleben können. Das Angebot richtet sich an Schüler*innen ab der 5. Klasse. Weitere Informationen sind zu finden unter **www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/schulerinnen_und_schuler_eltern**

Abruf der Digitalpakt-Mittel

Im Rahmen der Landtagssitzung am 15. September 2021 teilte Kultusminister Tonne mit, dass mit Stichtag 13. September 2021 30,2 Millionen Euro der circa 479 Millionen Euro Fördergelder des „DigitalPakts" ausgezahlt wurden. Das Volumen der bewilligten Zuwendungen beläuft sich auf 111,04 Millionen Euro. Bisher seien 2.917 Anträge gestellt worden. Damit stünde Niedersachsen bei der Gesamt-Förderquote von 23,9 Prozent im bundesweiten Vergleich zwar gut da, die erreichte Bewilligungsquote stelle aber nicht zufrieden. Der „DigitalPakt Schule" läuft bis zum 16. Mai 2024.

Die 52 Millionen Euro Fördermittel für die Zusatzvereinbarung „Schulgebundene Leihgeräte für Schüler*innen mit Bedarf" seien

vollständig abgerufen worden, für die Zusatzvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ sind 52 Millionen Euro vorgesehen, abgerufen seien davon bis zum Stichtag 25 Millionen Euro. (Pressemitteilung des MK vom 15. September 2021)

Große digitale Kluft zwischen den Schulen

Die GEW-Studie „Digitalisierung im Schulsystem 2021“ der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Uni Göttingen hat gewaltige Unterschiede zwischen digitalen Vorreiter- und Nachzügler-Schulen beim Lehren und Lernen mit digitalen Medien und Tools festgestellt. Vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse, die verdeutlichen, dass Medienkompetenz sich dann besonders gut entwickelt, wenn es praxistaugliche Medien und Techniken gibt, die in eine entwickelte digitale Schulstrategie eingebettet sind, sind diese Ergebnisse laut Studienleiter Frank Mußmann besorgniserregend. Hier wären laut GEW Bund mehr zeitliche und personelle Ressourcen erforderlich sowie eine Gesamtstrategie, die die Digitalisierung nicht als Selbstzweck sieht, sondern Medienkompetenz als einen wesentlichen Schlüssel zur Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft im digitalen Zeitalter betrachte.
Erhoben wurden auch Zahlen zu Belastungen der Lehrkräfte, deren Arbeitszeit – ausgelöst durch die Corona-Krise – nochmals um 30 bis 60 Minuten gestiegen sei. Die Studie kann abgerufen werden unter **www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/eine-kluft-mit-folgen**.

Lern-Buddys für Niedersachsens Schüler*innen

Das Kultusministerium sieht die Online-Plattform „Lern-Fair“ des gemeinnützigen Vereins Corona-School e. V. als ein hilfreiches Instrument an, um Schüler*innen mit Lernrückständen oder -schwierigkeiten zusätzlich zu schulischen Angeboten zu unterstützen. Derzeit werde deshalb geprüft, inwieweit die Plattform ausgebaut und in Landesprogramme integriert werden könne. Eingebunden sind sowohl das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) als auch der Niedersächsische Verbund zur Lehrerbildung.
Ein Schwerpunkt von „Lern-Fair“ besteht in der individuellen 1:1-Lernunterstützung von Schüler*innen durch ehrenamtlich tätige Studierende. Geplant ist für Niedersachsen, den Einsatz der Studierenden nicht auf die Studiengänge der Lehrkräftebildung zu begrenzen. (LT-DS 18/9873)

Engagementstipendium für Schüler*innen

Zehn der 189 Schüler*innen mit Einwanderungsgeschichte, die von der START-Stiftung mit einem dreijährigen Stipendium gefördert werden, kommen aus Niedersachsen. Die Jugendlichen erhalten jährlich 1.000 Euro Bildungsgeld und werden durch ein dreijähriges Bildungs- und Engagementprogramm, das mit einem eigenen gemeinnützigen Projekt endet, auf ihrem Weg zum Schulabschluss begleitet. Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm ist eine eigene Einwanderungsgeschichte beziehungsweise die eines Elternteils. Das Mindestalter beträgt 14 Jahre, die achte Klasse muss absolviert und der angestrebte Schulabschluss noch drei Jahre entfernt sein. Suche, Auswahl und Begleitung der Stipendiat*innen erfolgt in Abstimmung zwischen Stiftung und Kultusministerium. Zurzeit kommen 41 der bundesweit 672 in das Projekt eingebundenen Jugendlichen aus über 50 Herkunftsnationen aus Niedersachsen. (Pressemitteilung des MK vom 28. September 2021)

Anerkennungspraxis für migrierte Lehrkräfte

Mit der Studie „Verschenkte Chancen?!“ hat die GEW Bund verdeutlicht, dass die Länder trotz des Lehrkräftemangels tausenden zugewanderten Lehrkräften Chancen auf einen Arbeitsplatz in der Schule verwehren und somit Ressourcen verschleudern. Bisher gelingt es jährlich nur etwa 500 Lehrkräften mit ausländischen Abschlüssen, die volle Anerkennung für das Lehramt – überwiegend mit Ausgleichsmaßnahmen – zu erlangen. Dringend erforderlich sei, Anerkennungs- und Ausgleichsmaßnahmen niedrigschwelliger zu gestalten und den Erwerb der erforderlichen Deutschkenntnisse und Sprachnachweise besser zu unterstützen sowie damit im Zusammenhang stehende Kosten zu senken. Die Studie ist zu finden unter **www.gew.de/aktuelles**.

Jobcenter muss Kosten für Berufskleidung übernehmen

Das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen/Bremen hat erstmalig entschieden, dass Anschaffungskosten für Berufsschulkleidung vollständig vom Jobcenter zu übernehmen sind, da diese nicht auskömmlich vom Regelbedarf und auch nicht von der Schulbedarfspauschale gedeckt seien. (Urteil vom 26. Mai 2020 – L 11 AS 793/18)

Mangelhafte Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung

Das Wissenschaftszentrum Berlin hat in seinem „WZBrief Bildung“ 44 vom September 2021 ausgeführt, dass die Bundesländer gegen Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention verstoßen, und sieht es als Aufgabe der KMK an, eine Datenerhebung zu koordinieren, die ein genaueres Monitoring ermöglicht. Näheres dazu unter **www.wzb.eu/de/publikationen/wzbrief-bildung**.

Termine

Referat für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Frauen und Macht

26. Februar 2022, 9.30 bis 17.00 Uhr
Freizeitheim in Hannover

„Macht entspringt der menschlichen Fähigkeit, ... sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln." (Hannah Arendt)

Macht heißt Verantwortung übernehmen – Ohnmacht überwinden. Die Bedeutung von Macht und die Notwendigkeit, Macht zu reflektieren, ist Gegenstand dieses Seminars, in dem folgenden Fragen nachgegangen wird:

- Welches Machtverständnis ist für uns handlungsleitend?
- Wo haben wir Lust auf Macht?
- Wo sind wir Opfer?
- Welche Machtquellen gibt es und wie können wir mit Machtspielen umgehen?
- Warum geht es in der Pädagogik immer auch um Macht?
- Wie geläufig sind mir die formellen und informellen Spielregeln, die Macht und Einfluss sicherstellen?

Nachdenken und Reflektieren in einer zugewandten und wohlwollenden Gruppenatmosphäre. Diese unterstützt darin, eigene Standpunkte einzunehmen, zu überprüfen oder neue zu kreieren. Auf alle Fälle gewinnen Teilnehmerinnen mehr Klarheit und Sicherheit in ihrem Handeln.

Leitung: Marianne Assenheimer und Bernhild Schrand
Die Seminarleiterinnen sind erprobte Dialogpartnerinnen. Sie verbindet die Leidenschaft für Bewegung und Wandel.

Marianne Assenheimer (schulfachliche Dezernentin i.R.)
Bernhild Schrand (Managementtrainerin, -coach und Genderexpertin)

Anmeldungen bis zum 3. Februar 2022
an: **B.Engelke@GEW-Nds.de**

Arbeitskreis Queer

4. landesweite Tagung des AK Queer

5. bis 7. November 2021
Jugendherberge in Oldenburg
Beginn 5. November 2021 um 18.00 Uhr
Ende am 7. November 2021 um 12.00 Uhr

Ziel ist es, die Sichtbarkeit von queeren Themen in der GEW Niedersachsen und in der Bildungspolitik zu erhöhen.

Reisekosten werden nicht erstattet. Kosten für die Unterkunft werden von der GEW getragen.

Anmeldungen an: **monika.brinker@gew-hannover.de**

Referat Frauen- und Gleichstellungspolitik

Lust auf Führung?!
Workshop für GEW-Frauen

Samstag, dem 27. November 2021, 10.00 bis 17.00 Uhr
Hotel Jeddinger Hof, Heidmark 1, 27374 Visselhövede
Tel 04262/9350, Fax 04262/736
www.jeddingerhof.de, jeddingerhof@t-online.de

„Bewerbe ich mich auf die Führungsposition an der Schule? Oder lieber nicht…"
Eine quälende Frage, die Frauen erfreulicherweise immer häufiger positiv beantworten!
Sie können sich Klarheit über persönliche Karriereziele und Karrieresprossen verschaffen, indem sie an ihrer persönlichen Berufsbiografie und an ihrem Selbstbild feilen:

- Wie erreiche ich eine Führungsposition?
- Wie positioniere ich mich im sozialen Miteinander und wie arbeite ich an meinem Image?
- Mit welchen Hindernissen und Widerständen habe ich zu kämpfen?
- Über welche Beeinflussungs- und Durchsetzungsstrategien verfüge ich?
- Wo liegen meine persönlichen Ambivalenzen beim Thema Führung?
- Wie ist mein Führungsverständnis? Auf welche Führungserfahrungen und -kompetenzen kann ich zurückgreifen?
- Wie geläufig sind mir die formellen und informellen Spielregeln, die Macht und Einfluss sicherstellen?
- In welchen Beziehungsnetzwerken bin ich Mitglied? Wer sind meine Verbündeten?

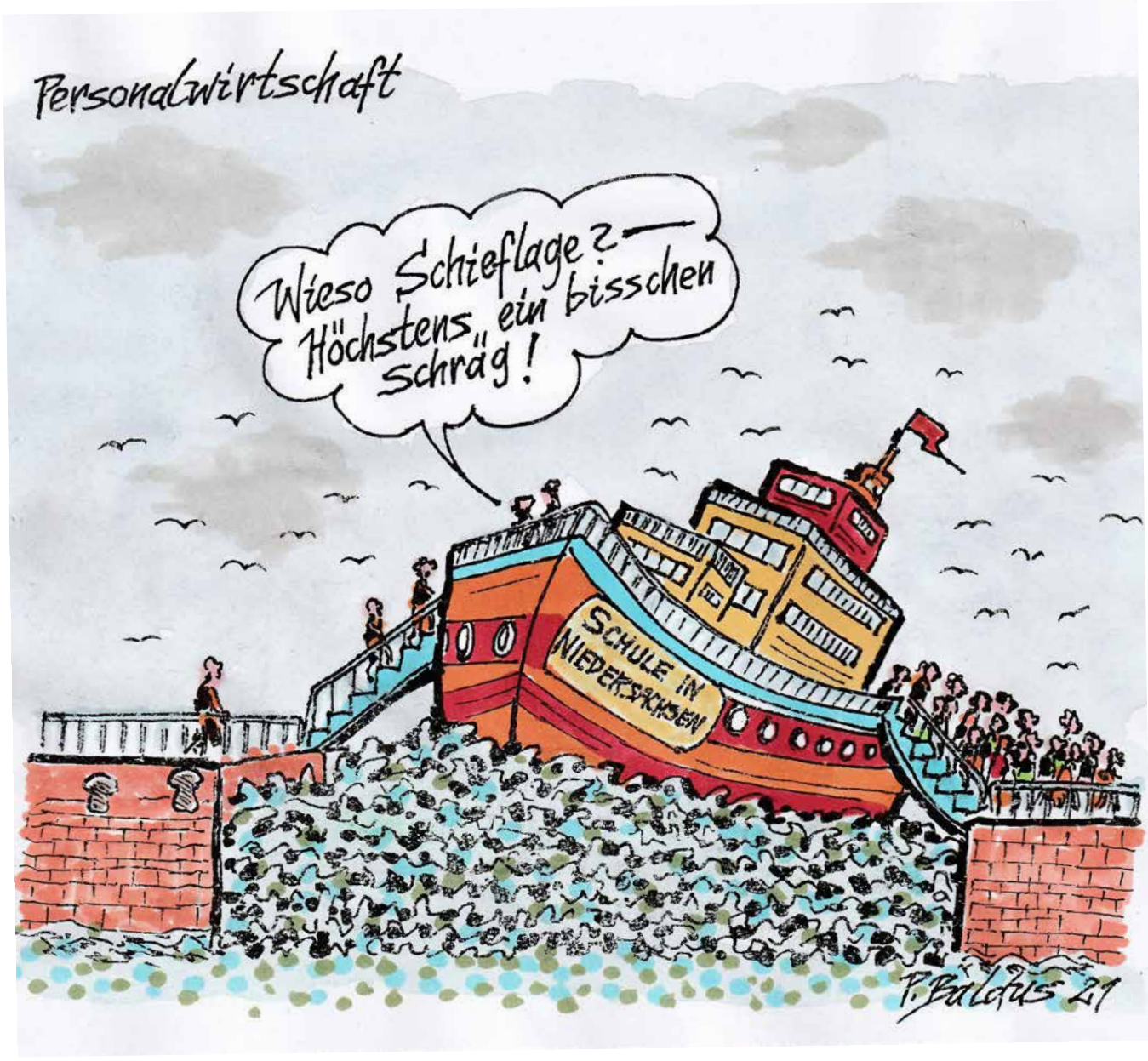
Referentinnen:
Marianne Assenheimer (schulfachliche Dezernentin i.R.)
Bernhild Schrand (Managementtrainerin, -coach und Genderexpertin)

Anmeldungen bis zum 3. November 2021
an_ **B.Engelke@GEW-Nds.de**
Der Kreis der Teilnehmerinnen ist auf 20 begrenzt. Es gibt eine Eingangsbestätigung. Die Kosten für Referentinnen, Räumlichkeiten und Verpflegung übernimmt die GEW. Fahrtkosten können nicht erstattet werden. Auf Antrag (herunterzuladen im Mitgliederbereich der Homepage **www.gew-nds.de**) werden Kinderbetreuungskosten übernommen.

Anzeigen

Ihre Anzeige in der **E&W Erziehung und Wissenschaft**
www.erziehungundwissenschaft.de
oder rufen Sie uns an:
0201 / 843 00 - 32

Philosophieren mit Kindern
in Kita und Schule als Haltung, Methode und Inhalt
Nähere Informationen unter **www.philosophieren-mit-kindern.de**
Einführungslektüre: Hans-Joachim Müller, Von Steinen und anderen Phänomenen - Wege zum Philosophieren mit Kindern. Aus der Praxis - für die Praxis.
Bestellungen unter denk-art@t-online.de


Personalwirtschaft
Wieso Schieflage? Höchstens ein bisschen schräg!
SCHULE IN NIEDERSACHSEN
P. Baldus 21